

Bericht von der Speakers' Tour

„Die neue Linke in Europa“



1. Bericht	3
1.1. Die Speakers' Tour in Zahlen.....	3
1.2. Die Linke an den Hochschulen in Bewegung – auch über die Parteien hinaus.	3
1.3. Parteien und sozialen Bewegungen: Erfahrungen aus anderen Ländern	4
1.4. Ausblick	4
2. Politische Lehren aus den Veranstaltungen "die neue Linke in Europa"?	5
3. Beiträge der Podiumsteilnehmer	6
3.1. Beitrag von Kamel Brami (PCF)	6
3.2. Beitrag Antonello Zecca (Rifondazione Comunista)	9
3.3. Beitrag von SuzieWylie, (Respect)	12
4. Eine Auswahl der Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen aus Deutschland	17
Fredrik Dehnerdt (Regenbogen / Alternative Linke, Hamburg)	17
Lorenz Gösta Beutin (Sprecher Landesvorstand WASG Schleswig-Holstein).....	19
Edmond Jäger (WASG Vorstand Freiburg, Die Linke.Hochschulgruppe Freiburg) .	23
Simon Schneider (Hochschulgruppe DIE LINKE.solid Köln).....	26
Ulrike Eifler (Hochschulgruppe WASG Marburg, WASG Landesvorstand Hessen)..	27
5. Presseecho	30
Tournée der Linken / Deutsche Welle.....	30
In Deutschland fehlt es an Solidarität / Giessener Anzeiger.....	32
Jung, wild und entschlossen / Neues Deutschland.....	33
6. Fotos.....	34

1. Bericht

1.1. Die Speakers' Tour in Zahlen

Zwischen dem 18. und 27. April 2006 fand die Speakers' Tour „Die neue Linke in Europa“ statt. Suzie Whyllie aus Großbritannien, Antonello Zecca aus Italien und Kamel Brami aus Frankreich bereisten 13 Universitätsstädte und nahmen an insgesamt 14 Veranstaltungen teil.

Das Interesse an den Veranstaltungen war teilweise sehr beeindruckend. In Göttingen kamen über 130 Personen auf die best besuchteste Veranstaltung der Tour. Aber auch über 80 Besucherinnen und Besucher zur Mittagszeit an der Freien Universität Berlin und mehr als 100 Personen an der Humboldt-Universität waren beachtlich. Insgesamt war die Tour von der Besucherzahl ein guter Erfolg, bei einem Schnitt von über 45 Interessierten pro Veranstaltung, wobei allerdings zwei Veranstaltungen mit nur 10 Teilnehmern den Schnitt nach unten zogen.

Das an sich ist eine gute Nachricht, zeigt es doch, dass das Interesse von Seiten von Studierenden an dem Parteineubildungsprojekt groß ist.

Wichtig ist es wahrzunehmen, dass in vielen dieser Orte bis jetzt keine Uni-Gruppen der Linkspartei.PDS oder der WASG existierten. Mit dem Impuls der Veranstaltung im Rücken haben jetzt aber drei Gründungstreffen in Göttingen, an der FU Berlin und an der HU Berlin stattgefunden.

Bemerkenswert ist also, dass die Veranstaltung dazu führte, dass sich allein an diesen drei Orten jeweils über 20 Studierende in Listen eintrugen, um sich weiter politisch zu organisieren.

Die Gesamtkosten beliefen sich auf etwa 2255,- Euro. Sie setzen sich zusammen aus etwa 952,- Euro für Flüge und Bahnfahrten der Referentinnen und Referenten sowie ihrer Dolmetscher, aus 705,- Euro Transportkosten innerhalb Deutschlands und 558,- Euro für die Herstellung von Plakaten und Flyern. Die Kosten konnte so niedrig gehalten werden, da Übernachtungen und Verpflegung für die Referentinnen und Referenten und ihrer Begleitung privat organisiert und finanziert wurden. Den Spenderinnen und Spendern sei an dieser Stelle ein weiteres Mal ausdrücklich für ihre Unterstützung gedankt. Plakate und Flyer sind übrigens einsichtig unter <http://www.w-asg.de/1089.html>.

1.2. Die Linke an den Hochschulen in Bewegung – auch über die Parteien hinaus

Die Veranstaltungen konnten dabei zwei Stärken entwickeln. Einerseits waren oft viele Neupolitisierte anwesend, die sich zuvor noch nicht politisch organisiert hatten, jedoch nach der Veranstaltung mit ihrem Eintrag in die Listen anzeigten, dass sie durchaus Interesse an einem neuen politischen Angebot haben. Zweitens gelang es über die Veranstaltungsreihe, Aktivistinnen und Aktivisten anzuziehen, die bereits lange politisch aktiv sind und die wir aus anderen Zusammenhängen kennen (Attac, andere linke Uni-Gruppen, Streikaktivistinnen und -aktivisten, Juso-Gruppen usw.).

Trotz der sehr kurzen Organisationszeit ist es gelungen, sowohl einzelne Aktive aus anderen politischen Gruppen als auch ganze Uni-Gruppen für die Unterstützung der Veranstaltungstour zu gewinnen. Hier nur eine kurze, sicher unvollständige Aufzählung: In Göttingen unterstützte die örtliche Juso-Hochschulgruppe offiziell die Veranstaltung und war dort auch in voller Gruppenstärke anwesend. Auch auf dem Nachtreffen der Veranstaltung waren zwei Juso-Aktivistinnen anwesend, die sich durchaus vorstellen können, weiter mit dem Hochschulgruppennetzwerk „Linke.Hochschulgruppennetzwerk“ zusammenzuarbeiten. In Hamburg unterstützte die Gruppe „Regenbogen – für eine neue Linke“, die dort die

stärkste Gruppe im Asta stellt, die Veranstaltung und stellte auch einen Podiumsredner. In Kiel unterstützte sowohl die lokale linke Hochschulgruppe die Veranstaltung als auch solid und DIDF. An der FU in Berlin beteiligten sich wichtige Aktive aus Attac an der Veranstaltung und haben sich in der Folge auch in den Gründungsprozess einer neuen Hochschulgruppe an der FU eingebracht. In Marburg nahm die Sozialistische Linke an der Veranstaltung teil und in Gießen richtete die Gruppe „Demokratische Linke“ die Veranstaltung aus. Dort nahm auch die Gruppe „Brennpunkt Uni“, die zum Teil aus ehemaligen Jusos besteht, an der Veranstaltung teil. Beide Gruppen, die bisher nicht Teil des Hochschulgruppennetzwerkes waren, wollen in Zukunft an deren Sitzungen teilnehmen und sich gegebenenfalls in dieses einbringen.

Insofern ist es gelungen, eine ganze Reihe von einzelnen Aktiven, aber auch von ganzen Gruppen in einen Diskussionsprozess über die Neuformierung der Linken in der Gesellschaft und speziell an den Hochschulen einzubeziehen.

1.3. Parteien und sozialen Bewegungen: Erfahrungen aus anderen Ländern

Dies war möglich, weil die Veranstaltung selbst, so haben es viele Beteiligte immer wieder betont, Horizonte über den gerade in Deutschland stattfindenden Parteibildungsprozess hinaus eröffnet hat. Die Referentinnen und Referenten berichteten von den Erfahrungen, die sie als politisch Organisierte in ihren jeweiligen Ländern gemacht haben. Dabei war insbesondere wichtig, dass sie als entweder neue Partei (Respect), als Partei, die sich in der Interaktion mit den sozialen Bewegungen enorm veränderte (Rifondazione und PCF), einen wichtigen Beitrag zum Aufbau und zum Erfolg der jeweiligen sozialen Bewegungen in ihrem Land beitragen konnten. Genießt „die Linke“ in Deutschland einen Vertrauensvorschuss der Wählerinnen und Wähler, eine starke Linke zu etablieren und zu beweisen, dass nicht jede linke Partei den Weg der Grünen gehen muss, so konnten die Vertreter der drei Organisationen davon berichten, wie die jeweiligen Parteien die Bewegung voranbringen.

Dieses war die Grundlage, um auch jungen linken Studierenden in Deutschland Mut zu machen, sich auf das Abenteuer „Parteibildung“ einzulassen. Diese Erfahrungen haben aber auch manchem Partei-Aktivisten aufhorchen lassen, da „man nach der Veranstaltung wieder wusste, weshalb man sich den ganzen Sch.. antut“ und so manche Inspiration vermittelt, wie linke Parteien arbeiten können.

1.4. Ausblick

Angesichts der geringen eingesetzten Mittel – die gesamte Tour hat insgesamt, Flügen, Übernachtungen, und Fahrtkosten in Deutschland eingerechnet, nur 2.250 Euro gekostet - und der damit erzielten Effekte, ist eine Wiederholung einer solchen Tour auf jeden Fall lohnenswert, sollte sich dafür starke und belastungsfähige Organisatoren und eine entsprechender Finanziererkreis finden.

2. Politische Lehren aus den Veranstaltungen "die neue Linke in Europa"?

Vor allem die französische Erfahrung ist von Interesse. An dieser Stelle soll jedoch nur in Stichworten auf sie eingegangen werden. Interessierte an einer umfangreicheren Dokumentation und / oder einer schriftlichen Ausarbeitung der hier aufgestellten Thesen wenden sich bitte an Luigi Wolf (luigiw@gmx.net)

Erstens ist es einer sozialen Bewegung von Studierenden und Schülern gelungen eine solche gesellschaftliche Ausstrahlungskraft zu entwickeln, dass sie Regierung an ihrem zentralen Gesetzesvorhaben dieses Jahres in die Knie zwingen konnte.

Zweitens war die Mobilisierung gegen das CPE eine besondere Politisierung der Studierenden und Schülern vorausgegangen. Anders als in der Vergangenheit wurde der Angriff auf den Kündigungsschutz nicht durch eine enge Brille studentischer Interessensvertretung wahrgenommen, sondern durch die Perspektive zukünftiger Lohnabhängiger.

Drittens ist festzuhalten, dass die Bewegung gegen das CPE nicht vom Himmel fiel, sondern das Resultat der politischen Initiative von Netzwerken war, die auf vergangene soziale Mobilisierungen – insbesondere aber auch auf globalisierungskritische Mobilisierung zurückgingen.

Von Frankreich lernen, heißt siegen lernen!

3. Beiträge der Podiumsteilnehmer

3.1. Beitrag von Kamel Brami (PCF)

Liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst einmal möchte ich mich bei Euch für die Einladung bedanken. Denn wenn es in Deutschland, wie ich es erlebt habe, ein großes Interesse an der politischen Situation in Frankreich gibt, dann kann ich Euch sagen, dass wir in Frankreich ebenfalls sehr gespannt auf das gucken, was sich links der Sozialdemokratie in Deutschland entwickelt.

Diese Veranstaltung gibt mir heute die Möglichkeit, mit Euch den Sieg der Jugend und der französischen Welt der Arbeit gegen den Liberalismus zu feiern. Nach zwei Monaten enormer gesellschaftlicher Mobilisierung musste das Gesetz CPE (Contrat Première d'Embauche = Ersteinstellungsvertrag) zurückgezogen werden.

Ich will Euch nun als erstes meine Erfahrungen in der Mobilisierung gegen das CPE mitteilen. Zweitens will ich Euch über die Kampagne um das Referendum, die die politische Landschaft in Frankreich grundlegend verändert hat, berichten. Und drittens möchte ich kurz die politischen Perspektiven anschnitten, die sich aus diesen beiden Erfolgen für die antineoliberale Linke in Frankreich ergeben.

Das CPE hätte bedeutet, dass jeder Unternehmer in Frankreich Jugendliche unter 26 Jahren jederzeit ohne Angaben von Gründen hätte entlassen können.

Diese Maßnahme wurde schnell von einer Einheit der Gewerkschaften, der Studierenden und der Jugend- und Schülerorganisationen abgelehnt

Die Studierenden haben die Einführung des CPE als Legalisierung der Prekarisierung, der Unsicherheit der Arbeit verstanden. Die Studierenden haben sich nicht auf eine sektorale Perspektive, auf eine beschränkte Perspektive eingelassen, die sich nur mit den studentischen Leben beschäftigt. Sondern sie haben die Debatte über Prekarisierung im Allgemeinen in den Mittelpunkt gestellt, die sowohl Jugendliche als auch alle anderen Beschäftigten betrifft.

Die Gewerkschaften der Lohnabhängigen haben in dem CPE eine Verschärfung der Prekarisierung, die Einführung einer Konkurrenz zwischen jungen und älteren Beschäftigten und den ersten Schritt zur Zerstörung des geregelten Arbeitsvertrages insgesamt gesehen. Die Arbeitgeber und die Neoliberalen in Frankreich wünschen sich insgesamt einen hyperflexiblen Arbeitsvertrag für alle Beschäftigten – also einen Vertrag ohne jeglichen Schutz für die Arbeiter. Diesen Willen teilen sie mit allen Neoliberalen in den Regierungen Europas, und ich habe davon gehört, dass auch die deutsche Regierung ein solches Projekt vorbereitet.

Während der CPE-Krise haben wir eine beispiellose Einheit zwischen Beschäftigten und Studierenden feststellen können, die auch zu gemeinsamen Aktionen führte. Dazu kommt, dass fast alle Universitäten bestreikt und besetzt waren – und das über zwei Monate lang. Es ist wichtig zu sehen, dass die Studierenden damit große persönliche Risiken in Kauf genommen haben. Sie haben ihre Prüfungen aufs Spiel gesetzt und viele von Ihnen wurden von der Polizei verhaftet. Diese hat nicht gezögert systematisch Repression einzusetzen mit dem Ziel, die Bewegung zu zerstören.

Auf die Repression haben wir mit einer Reihe kollektiver Aktionen reagiert. Dazu gehören beispielsweise gemeinsame Vollversammlungen und Diskussionen, das gemeinsame Verteilen von Flugblättern, aber auch medienwirksame Aktionen, wie beispielsweise eine gemeinsame Störaktion von 500 Studierenden und Eisenbahnern gegen den Transportminister, als dieser einen Bahnhof besuchen wollte.

Dazu gehört aber auch die Organisation von enormen Demonstrationen in ganz Frankreich, die sowohl Jugendliche, aber auch weniger Jugendliche, Mittelschülern und deren Eltern und Gewerkschafter versammelte. Dabei ist es wichtig festzustellen, dass diese

Bewegung nicht, wie dies oft in der Vergangenheit der Fall war, nur eine zentrale nationale Mobilisierung in Paris gab. Die Mobilisierung war vor allem auch in der Provinz, in den kleinen und mittleren Städten bedeutend, wo oft größere Demonstrationen als 1968 oder 1995 stattfanden.

Zu dieser Mobilisierung gesellten sich dann noch wichtige symbolische und weniger symbolische Blockaden. So blockierten Studierende – oft mit Unterstützung von Gewerkschaftern – wichtige Straßen- und Autobahnkreuze und Bahnhöfe und Gleise und Zugänge zu Industriegebieten im ganzen Land.

Diese Mobilisierung von über zwei Monaten hat es geschafft, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Diese war nämlich am Anfang durchaus für das CPE, da die Regierung dieses Gesetz als die soziale Antwort auf die Krise der Banlieues, der Vorstädte, bezeichnet hatte.

Als Reaktion auf die Mobilisierung hat die Regierung versucht die Jugend zu spalten – in privilegierte Studierende auf der einen Seite und die Jugendlichen der Banlieues, die von dem Gesetz profitieren sollten, auf der anderen Seite. Dies hat aber nicht funktioniert, da die Jugend als Ganzes von der Arbeitslosigkeit und der Prekarisierung betroffen ist. Die Studierenden von heute sind eben keine privilegierte Schicht mehr, die von der Welt der Arbeit abgetrennt existiert. Im Gegenteil: viele Studierende arbeiten heute und kommen, seit dem massiven Ausbau der Universitäten, der Massifizierung der Hochschulen, selbst aus der Arbeiterklasse. Die Jugend hat also diese Spaltung nicht mitgemacht und hat in der Einheit um ihre Rechte und ihre Würde gekämpft.

Zu Beginn der Debatte um das CPE hatte die Präsidentin des Medef, der Arbeitgebervereinigung, noch gesagt: „ Die Liebe, die Gesundheit, das Leben. All das ist prekär. Wieso sollte es die Arbeit nicht sein.“

Doch nach einer massiven sozialen Bewegung, die über zwei Monate durchgehalten hat und von allen linken Parteien unterstützt wurde, rückten selbst die Arbeitgeber und ein Teil der Linken von der Unterstützung ab, und wir haben die Rücknahme des CPE erreicht.

Dieser Sieg ist nur verständlich, wenn man die politische Situation versteht und deren Veränderung seit dem Erfolg des « Nein » bei dem Referendum über die EU-Verfassung. Während dieser Kampagne hat es die Linke geschafft, die „soziale Frage“ ins Zentrum der Debatte zu stellen – anders als beispielsweise bei der Volksabstimmung über die Maastricht-Kriterien 1993, als die Rechte die Gegenkampagne bestimmte mit ihrem Thema der nationalen Souveränität. Es handelt sich als um ein „linkes Nein“ für ein anders, sozialeres Europa, das sich am 29. Mai ausgedrückt hat.

Es hat sich für diese Kampagne ein « Kollektiv » für das « Nein » gegründet, das die gesamte antineoliberale Linke – über alle ursprünglichen politischen Gräben hinweg – vereinigte. Dazu zählten die Kommunisten von der PCF ebenso wie die Trotzisten der LCR, Sozialisten und Grüne, Globalisierungskritiker und soziale Genossenschaften und Gewerkschafter. Diese Kampagne ist nah an die Bürger herangekommen. Sie haben sich über diese Kampagne die politische Fragestellung selbst angeeignet. Sie haben den Text der Verfassung gelesen und Argumente ausgetauscht und so der „Mainstream“-Propaganda widerstanden.

Mehr als 900 Einheits-Kollektive in ganz Frankreich haben gegen das Projekt der EU-Verfassung mobilisiert. Sie haben die Debatte über die Verfassung bis in jeden Winkel der Republik getragen: in den Cafés, in der Nachbarschaft, in den Familien oder in kleinen lokalen Versammlungen. So haben sie es geschafft gegen fast die gesamte Medienmacht, alle politischen Parteien, die in der Assemblée Nationale vertreten sind mit Ausnahme der PCF, anzukommen.

Die Folge war ein beispielloser Sieg der Bevölkerung, eine echte Klassenwahl und ein Sieg des linken „Neins“: Es haben 60 % der Jugend für das Nein gestimmt und die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bobigny, ein Vorort von Paris, in dem der Arbeiteranteil sehr hoch ist, hat zu 76 Prozent mit Nein gestimmt, während Neuilly, eine der reichsten Kommunen Frankreichs, ebenfalls in der Pariser Region, mit 84 % mit Ja gestimmt hat.

Diese beiden Mobilisierungen und die Siege der Bevölkerung werfen jetzt die Frage nach den Perspektiven für die antineoliberale Linke in Frankreich auf. Denn wenn es diesen Kräften zwei Mal gelungen ist sich erfolgreich zu einem „Nein“ zu vereinen, so ist die Sammlung „Für“ ein politisches gemeinsames Projekt ungemein schwieriger. Die PCF möchte eine Initiative für eine linke, antineoliberale Einheitskandidatur für die nächsten Wahlen 2007 vorschlagen. Wir würden gerne von der Straße bis zu den Urnen etwas Neues einführen. Das bedeutet aber auch, dass die soziale Bewegung sich den politischen Herausforderungen stellen und bereit sein müssten, sich an anti-neoliberalen Einheitslisten zu beteiligen.

Aus diesem Grund schauen wir sehr genau auf das, was sich links der Sozialdemokratie in Deutschland an Neuformierung tut. Denn wenn sich in Deutschland die antineoliberale Linke vereint und vergrößert und sich durch diese Dynamik die Kräfteverhältnisse nach links verschieben, dann verschiebt sich ganz Europa nach links.

3.2. Beitrag Antonello Zecca (Rifondazione Comunista)

Liebe Freundinnen und Freunde,

Euch allen einen guten Tag, und vielen Dank, dass ihr so zahlreich erschienen seid.

Heute möchte ich hauptsächlich über zwei Themen sprechen. Erstens möchte ich mit Euch die Erfahrungen teilen, die wir seit der Gründung der Partito de la Rifondazione Comunista, der kommunistischen Neugründung, in den letzten 15 Jahren gemacht haben, weil ich denke, dass sich daraus viele gemeinsame Punkte mit dem Prozess der Neuformierung ergeben, der sich gerade in Deutschland abspielt. Zweitens möchte ich über die allgemeine politische Situation nach der Niederlage von Berlusconi sprechen und den daraus entstehenden Widersprüchen und Herausforderungen für die radikale Linke in Italien.

Die Rifondazione Comunista wurde 1991 gegründet, um ein politisches Erbe zu bewahren, das mit dem Zusammenbruch des Ostblockes und der wegen dieser Regime entstandenen Demoralisierung und Desillusionierung zu verschwinden drohte. In einer Zeit als es schien, als ob die Idee einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung, einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus der Vergangenheit angehörte, war die Existenz selbst der Rifondazione wichtig, um Tausenden Personen die Hoffnung zu erhalten. Das war sehr wichtig, weil es die Grundlage dafür legte, dass die Rifondazione in einer zweiten Phase ab 1998 einen Prozess der Neugründung einer neuen Linken beginnen konnte, die sich in zwei wesentlichen Punkten kristallisierte.

Das erste war, als Rifondazione 1998 der Regierung Prodi die Unterstützung entzog und diese damit zu Fall brachte, weil sie sich weigerte ein Gesetz zur Einführung einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche zuzustimmen. Aber dabei ging es um mehr als um diese Einzelfrage – selbst wenn diese bedeutend war. Es ging darum die Autonomie der Partei zu erhalten, gegenüber der Gefahr, einfach eine Verlängerung der Politik der Mitte-Links-Regierung zu sein. Dieser Wendepunkt war der erste Akt der eigentlichen, tatsächlichen Rifondazione, der Neugründung. Dies hat dann die „Wende nach Links“ der Rifondazione im Jahr 2001 vorbereitet und möglich gemacht.

Nach der Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung in Seattle im Jahr 1999 hat die Partei schnell verstanden, dass sich nun eine einmalige Chance sozialer Transformation auf der gesamten Welt stellte. Diese Einschätzung übersetzte sich dann in die Entscheidungen des V. Kongresses der Rifondazione im Jahr 2001. Die Partei beschloss, dass die sozialen Kämpfe wichtiger sind als die Präsenz in den Institutionen. Sie beschloss außerdem, dass die Partei als Werkzeug für die sozialen Bewegungen ihren Erfolg zu betrachten. Dies bedeutete auch massive Veränderungen innerhalb der Partei, um dieser neuen Phase gerecht zu werden. Die Entfaltung der internen Demokratie, die soziale Verankerung der Mitglieder an ihren Arbeits- bzw. Studienorten und die Intervention, die massive Beteiligung der Partei an den sozialen Bewegungen, wurden zu den Prioritäten der Partei erklärt. Das bedeutete mit alten Gewohnheiten zu brechen: vor allem die Partei als eine aufgeklärte Avant-Garde zu sehen.

Diese Herangehensweise bedeutete, Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen, vor allem aber auch der Jugend ein neues Vertrauen in politische Organisation und Parteien zu geben und diese für politisches Engagement zu gewinnen.

Diese Beschlüsse wurden in der Folge umgesetzt. Rifondazione war entscheidend an dem Erfolg der globalisierungskritischen Mobilisierungen, vor allem in Genua 2001, aber auch in der Folge an dem Zustandekommen des Europäischen Sozialforums 2002 in Florenz, der großen Anti-Kriegsdemonstrationen im Jahr 2003 und schließlich an den Mobilisierungen gegen die Zerstörung des Nationalen Arbeitsvertrages und den Abbau des Kündigungsschutzes beteiligt. Die Partei öffnete ihre Parteibüros und „Volkshäuser“, und sie stellte dafür entscheidende organisatorische und finanzielle Ressourcen.

In der Folge konnte die Partei zeigen, wie wichtig sie als politische Organisation, als Netzwerk politischer Aktivistinnen und Aktivisten, die im ganzen nationalen Gebiet verankert sind, und ihrer Parlamentarier die über Öffentlichkeit verfügen, für den Aufbau der sozialen Bewegungen ist, wenn sie all ihre Energien dafür einsetzt, dass die sozialen Bewegungen zum Erfolg kommen und Interventionen der Mainstream-Parteien und politischen Kräfte abwehren können.

Ich möchte Euch dafür ein Beispiel geben: Die Parlamentarier von Rifondazione haben während der globalisierungskritischen Demonstrationen immer in der ersten Reihe gestanden. Das hatte das Ziel, die Demonstranten vor den Übergriffen der Polizei zu schützen bzw. deren Schärfe zu begrenzen. Dies führte auch dazu, die Legitimität der Aktionen des „sozialen Ungehorsams“ auszuweiten, die in einer gewissen Phase der Bewegung so viele Jugendliche in der Bewegung zusammenbrachten.

Besonders hervor zu heben sind hier die Aktionen des „train-stopping“, die Zugblockaden. Hierbei handelte es sich um Aktionen direkt nach den Ausbruch des Irakkrieges, bei denen die Jungen Kommunisten, die Jugendorganisation der Rifondazione, versuchte, massenhaft Züge zu blockieren, die Kriegsmaterial zu den Flugzeugbasen der USA transportieren sollten. Weit über den realen Effekt dieser Blockaden, der nicht unterschätzt werden sollte, haben diese Aktionen dazu beigetragen, in den Worten von Antonio Gramsci, eine „emotionale Verbindung“ zwischen der Masse, der Bevölkerung und den Aktivistinnen und Aktivisten herzustellen, die dann zu dem großen Erfolg der Demonstration am 15.2.2003 beitrug.

Diese Bewegung von der ich Euch erzählt habe, stand dabei der Regierung Berlusconi gegenüber. Diese verfügte nach den Wahlen 2001 über eine sehr große parlamentarische Mehrheit. Sie fuhr fort mit ihren Attacken gegen die sozialen Errungenschaften, die Rechte der Frauen, gegen die Jugendlichen, die sozialen Bewegungen und natürlich vor allem gegen die Arbeiterbewegung. Die Regierung konnte dabei bedeutende Siege erreichen, selbst wenn diese immer partielle Siege waren. Dies konnte die Regierung erreichen, da sie auf wichtige Verbündete zählen konnte: die Confindustria (die Arbeitgebervereinigung in Italien) und der Vatikan, dessen Chef, Ratzinger, von der Linken liebevoll „Nazinger“ genannt wird.

Deswegen hat sich, während des letzten Wahlkampfes, die ganze kritische Öffentlichkeit und der Großteil der Arbeiter darauf konzentriert, Berlusconi loszuwerden. Und tatsächlich hat die Koalition von Romano Prodi die Wahlen gewonnen. Allerdings verfügt sie nur über einen sehr kleinen Vorsprung von 51 % gegen 49 % in der Unterammer. Das bedeutet, dass man feststellen muss, dass Berlusconi die Wahlen nicht verloren hat, sondern das Land gespalten ist und Berlusconi immer noch über eine starke soziale Basis verfügt. Diese besteht aus einem starken sozialen Block, der aus zwei wesentlichen Pfeilern beruht: Die erste ist die Mehrheit der Kleinunternehmer aus dem Nord-Osten des Landes, die von der weltweiten Konkurrenz erdrückt wird. Dazu kommen einfache Schichten, Subproletarisch und Arbeitslose, im Süden des Landes die von der populistischen Rhetorik Berlusconis fasziniert sind und von seiner aggressiven Kampagne, die mit einfachen und klaren Slogans geführt wurde, angesprochen wurden.

Das Mitte-Links-Bündnis und Romano Prodi im Besonderen konnte dem nichts entgegensetzen, da sie sich dafür entschieden hatten, den « demokratischen Notstand », der durch Berlusconi repräsentiert wurde, zum Hauptthema des Wahlkampfes zu machen. Sie verfehlte damit die Möglichkeit, die Bürgerrechte und vor allem die soziale Frage zum Fokus einer klaren und eingängigen Wahlkampagne zu machen, die die wichtigen Themen wie Prekarisierung, die Rechte der Frauen, der illegalen Migranten, der Jugend, der Rentner usw. ins Zentrum hätte stellen können. Die einzige Partei, die dies tat, war Rifondazione Comunista mit klaren und einfachen antineoliberalen Slogans, wie beispielsweise: Recht auf Wohnung für Alle! Stopp der Prekarisierung (Unsicherheit)! Und das Recht der Frauen über sich selbst zu bestimmen. Dies erklärt auch das gute Resultat von Rifondazione mit 7,5 % im Senat und 6 % in der Abgeordnetenammer.

Aber es gibt ein Problem, dass immer noch heftige Debatten innerhalb der Partei mit sich bringt : Wie ihr wisst hat sich Rifondazione entschieden, in das Regierungsbündnis einzutreten, um Berlusconi zu schlagen. Ich glaube, dass es einen anderen Weg als diesen gegeben hätte: Man hätte ein Wahlbündnis gegen Berlusconi abschließen können, ohne gleichzeitig in die Regierung einzutreten, deren Chef, Prodi, klar für neoliberale Positionen, wenn auch in moderater Ausprägung, steht und der für sich das Recht herausnimmt, jede Maßnahme der Regierung einzeln zu bewerten und zuzustimmen. Ein solches Wahlbündnis hätte es vermocht, nicht zu viele Hoffnungen in das neue Regierungsbündnis zu wecken. Der Druck auf Rifondazione wird jetzt nämlich von Seiten der Mitte-Links-Koalition enorm sein: „Wollt Ihr denn etwa Euch so verhalten, dass Berlusconi an die Macht zurückkehrt?“ Nun, da wir in dieser Regierung drin sind, und da es nicht in Frage, kommt aus dieser auszuschneiden, ohne die Partei in eine sehr tiefe Krise zu stürzen, müssen wir uns überlegen, uns so zu verhalten, dass wir im Rahmen dessen Freiräume für die sozialen Bewegungen schaffen, damit diese Erfolge und Siege erreichen können, die wir dringend nötig haben.

Ich möchte da ein Beispiel geben: Vor zwei Wochen hat die Kampagne zur Wiedereinführung der „scala mobile“, zur automatischen Anpassung der Löhne an die reale Inflation, begonnen. Zu diesem Zweck haben sich im ganzen Land lokale Kollektive gegründet und angefangen, Unterschriften zu sammeln, um dann einen Gesetzesentwurf ins Parlament einzubringen. Rifondazione ist dieser Kampagne beigetreten, während die Mehrheit der Regierung dieses Gesetz ablehnt. Damit eröffnet sich eine Perspektive im Namen der Bewegung dieses Gesetz zu unterstützen und auch den Konflikt um dieses Gesetz in die Regierung zu tragen und dort auszutragen. Sollte die Regierung das Gesetz dann nicht akzeptieren: Was wird die Partei dann machen? Mit den sozialen Bewegungen oder mit der Regierungsdziplin stimmen?

Entscheidend ist aber, um die zukünftigen Schlachten zu gewinnen, dass wir eine radikale Linke in ganz Europa brauchen. Diese muss sich auf einer klar anti-neoliberalen Grundlage schaffen, die in der Lage ist die Einheit in Debatten und Diskussionen zu herzustellen und zusammen politische Strategien und Taktiken auszuarbeiten: und vor allem die Entwicklung der sozialen Bewegungen zum Alpha und Omega ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten zu machen.

Ohne eine solche Linke auf europäischer Ebene wird es nicht möglich sein, effektiv gegen die Strategien des neoliberalen Kapitalismus zu kämpfen, wie etwa Bolkestein, Strategie von Lissabon, Bologna-Prozess, der seinerseits auf dieser Ebene sehr gut organisiert ist.

Deswegen möchte ich herzlich an Euch appellieren: Lasst uns nicht alleine! Um uns diesen Herausforderungen zu stellen, brauchen wir eine starke, radikale Linke in Europa, vereint und klar festgelegt auf antineoliberaler Grundlage, die in der Lage ist den Aufbau der sozialen Bewegungen in Deutschland und Europa zu unterstützen.

Eine andere radikale Linke in Europa ist möglich und eine andere radikale Linke in Europa ist notwendig! Bauen wir sie gemeinsam auf!

3.3. Beitrag von SuzieWylie, (Respect)

Suzie Wylie, Student Respect organiser and member of National Executive committee of the National Union of Students.

Contribution to 'The New Left in Europe'

'Respect' is a brand new political party, to the left of the Labour Party, founded in Britain only 2 years ago. It is an organisation, which grew directly out of huge social and political movements that have developed in Britain over the last few years. Although such a new party, we have already had huge successes. The most important success to tell you about is the election of George Galloway as Respect member of parliament at the last general election. Galloway is a figure similar to Oskar Lafontaine here in Germany. He is someone who is very popular with ordinary people in Britain, having proved himself in his unprincipled opposition to the invasion of Iraq, but is hated by the mainstream media and the established political parties for the same reason.

It may not sound very impressive in Germany to say that Respect has only one member of parliament elected, but we have a different electoral system in Britain which has traditionally meant that it is very difficult to be elected as part of a minority, or left wing party. Our 'first past the post' system means that you have to come Number 1 in the area in which you stand, beating all other candidates. This is something incredibly difficult for a small party to achieve, without the press coverage and huge resources that the established parties have access to. If you transfer this system to Germany, it would mean that instead of having 54 representatives of the left able to speak on behalf of social movements, you would have only 3. So, this has been used as an excuse for many years by those on the left of the Labour party, that it is not possible to win an election if you stand outside of the established parties.

In the East End of London, the Bethnal Green and Bow ward, which Galloway now represents, the Labour Party has had a very solid base for nearly a century. In fact, it was one of the constituencies where Labour were first elected. This area is very poor, run down and multi-cultural. We were able to overturn the 11,000 majority the Labour Party held because ordinary people in the area clearly felt that Respect spoke for them and their concerns in a way that Labour no longer did. With this historic success – Galloway is the first MP to the left of the Labour Party to be elected since 1945 – we proved that there is life outside Labour, and have hopefully opened the doors for more people to break ranks and join Respect as a viable alternative. This project is so threatening to Blair, he said before the last general election that he'd rather lose 30 seats to the Conservatives than lose 1 seat to Respect. Fortunately, we made his worst nightmares come true, and we hope to extend our success by taking control of the local council in Galloway's constituency in the upcoming elections.

Now I'd like to tell you something about the political situation in Britain which has created huge social and political movements and the necessity for a new political party.

The Labour Party in Britain is very similar in its social base to the SPD in Germany. It is a party that was founded a century ago by the trade unions, out of the need for a party that represented the ordinary working people in society. It has traditionally been thought of as the party that would at least protect the old, the sick, the poor, the immigrants and those wanting to be educated. Therefore, there were great hopes when finally, after far too long being ruled by the Conservatives, the Labour Party won the general election in 1997. The majority of people celebrated and hoped that at least life would slightly improve for ordinary people. But Tony Blair had other plans. I was in my first year of university in 1997, and I remember that the first act of the Labour Party in government was to take away our right to a free education. First they took away all the financial support that students had under the Tories, then they introduced tuition fees. Fees jumped from £1000 to £3000 a year very

quickly, with the argument that there is no money to fund higher education in Britain. Now there is serious talk of raising fees to £10,000 a year for the top universities. This will mean that young people from poor working class backgrounds simply won't be able to afford to get a decent education with the hope of a decent job and contributing to society at the end of their student career. Where will the architects, doctors and engineers of the future come from if ordinary people are prevented from studying? The Labour Party, under the presidency of Tony Blair, is taking us back to a Dickensian society in which the poor stay poor all their lives, with no hope of a better life.

In this single act, Blair revealed the trajectory of the Labour party, which has continued to shift further to the right, abandoning all those people who voted for them with hopes of a more equal society. With this act, I believe they also lost the support of a whole generation of radicalising young people in the schools and colleges who started to question our democracy and demand something better.

I could talk for a very long time about the sweeping privatisation pushed through by Labour. They have been able to mount a full scale neo-liberal attack on our welfare state that the Conservatives could only dream of. As in France, Italy, Germany, indeed across the whole of Europe, we are experiencing privatisation of hospitals, schools, universities, attacks on pension and working rights, which has led to the gap between rich and poor growing ever wider. To give you just one example of this inequality, in Glasgow, a large city in Scotland, proportionally more pensioners die every winter from the cold because they cannot afford to heat their houses, than die anywhere else in Europe. This is the daily reality of Blair's Britain.

But I want to talk now about the most important political movement in Britain right now – the anti-war movement.

Blair created a huge amount of anger in Britain because he effectively hitched us to the most right wing, fundamentalist maniac that the world has seen for a very long time – George Bush. Blair and his friends in big business decided that they were more concerned with supporting American imperialism than listening to the wishes of the majority of people in Britain. But, the anti-war movement was able to mobilise such broad sections of British society that Blair is now fatally wounded. Now, almost no-one believes a word Blair says, even before he opens his mouth. Our movement has created such general opposition to New Labour, it looks increasingly unlikely that Blair will be able to leave his lasting legacy in Britain with his project of radical social 'reforms'. We have damaged Blair's political credibility so much that I heard while I was out here in Germany that he was backing off from his plans to privatise secondary schools after the threat of indefinite strike action by the National Union of Teachers. The anti-war movement has unleashed a monster of opposition to neo-liberalism and imperialism, which Blair cannot hope to control.

The anti-war movement has been able to create such an effective opposition to Blair because we have brought together such diverse sections of British society. People from across the political spectrum marched together - old peace activists, radicalised school students who went on strike in their tens of thousands, people still inside the Labour party and many who had torn up their membership cards in disgust, people of all colours and all faiths. Significantly, all the major trade unions are affiliated to the Stop the War Coalition, with a policy of demanding that the troops are brought home from Iraq. This is very important as it has helped us to win the arguments about ending the occupation with many ordinary working people.

Lastly and possibly most important of all, we have united with the Muslim community. This is the community in Britain, which feels most betrayed by the Labour Party. Not only did Blair bomb Afghanistan and Iraq, and possibly next he will take us into Iran, but also this government has contributed directly to the rise in a new kind of racism – Islamophobia. After 09/11, when false lines were being drawn between the free, democratic, tolerant West and barbaric, fundamentalist Islam, Blair stood firmly by the side of George Bush. We were told that Islam represented a threat to peace and liberty, and other such lies in an attempt to justify the war. The media contributed to creating a climate of fear and suspicion, in which

any Muslim could be thought of as a potential terrorist. In order to create an enemy outside which must be attacked, they also created an enemy inside our society. This has led to an increase in racist attacks, the introduction of anti-terrorist laws that target and criminalise Muslims, even debates about whether it is really possible to be Muslim AND British. Through fear and racism, Blair attempted to divide our society and our movement. But, he has largely failed. This is because the anti-war movement right from the start took a position of standing in defence of the Muslim community, against the racist backlash, which we foresaw in the wake of 09/11. We have created bonds of friendship and solidarity across boundaries of race and faith that didn't exist before, and also given a community which was under huge pressure to keep their heads down and remain silent, the confidence to speak out against injustice. That is why we were able to mobilise 2 million people onto the streets of Britain on February 15th 2003, the largest demonstration ever in British history – no small feat!

In fact, we were able to shape public opinion so that the majority of people in Britain were opposed to the war before it even began – again something that has never happened before in British history. People right across the world took hope and inspiration from our movement. We are so proud that we gave courage to people across the Middle East to demonstrate against US imperialism, and against their own tyrannical regimes as well. In Egypt, brave demonstrators against Mubarak chanted that they were 'doing a Hyde Park'!

I think it's clear the movement in Britain was vital because Blair has been Bush's most important ally. Without Blair's support, I don't think Bush would have been able to go to war in the same way. Many people understood the centrality of Britain to America's plans to occupy and dominate the Middle East, and deeply resented the fact that Blair went to war in our name.

The resistance in Britain went so deep that even the mainstream media had to reflect it. Just to give you one example of this, there is a mainstream tabloid newspaper called the Daily Mirror, which wouldn't normally be the kind of paper I would read because it's quite right wing. But, during the height of the anti-war movement, practically every day for several months the front cover was like an anti-war poster. They even published maps showing people how to get to the demonstrations! In fact, I remember one front cover in particular, which lots of students put up on their walls, I still have it actually. It was a picture of Tony Blair, holding his hands up, with his palms dripping with blood. The headline was something like "Tony Blair, blood on your hands. Don't attack Iraq." Just imagine if a newspaper like Die Bildzeitung had a front page like that with Schröder or Merkel!

So, the extra-parliamentary movement in Britain grew stronger by the day, yet within parliament Blair was quite safe. The political landscape has changed quite dramatically over the last few years of a Labour government. The mainstream political consensus is far to the right of the majority of people in Britain, with Labour, the Conservatives, and the Liberals all supporting the war and all supporting privatisation and the dismantling of the welfare state. In this situation, Blair could afford to ignore those 2 million people demonstrating outside parliament, as he was quite confident of support within parliament for his policies. It became clear that a huge gap was opening up between the mainstream political parties and the general public who had no-one to speak for them. This really created a crisis of democracy in Britain. At the general election before last, we saw the lowest voter turn out since universal voting began almost a century ago. Less than a quarter of the voting population turned out to vote for the Labour Party, hardly a resounding vote of confidence! Lots of the media said this was because people were quite happy with the way the country was being run, and therefore decided to stay at home because there was no need to vote! Actually, what this showed was that people were incredibly angry about the direction that Blair was taking our country in, but they had no political choice at the ballot box. There was no party that spoke for the millions of ordinary people opposed to war an injustice.

So, the debates that took place at Stop the War meetings started to take on a different character. Instead of simply talking about how to mobilise for the next demonstration, people started to discuss the fact that there was a political vacuum and that

we had to have some kind of representation. It was out of these debates that Respect was born, as a new political party that could speak on behalf of the movement inside parliament that would attempt to pull the mainstream political debate back to the left, onto our territory.

But, we don't need representatives who will behave like any other politician once they are elected. Our councillors and members of parliament will be megaphones for the extra-parliamentary movements. To give you an example, Respect grew by thousands of members last summer after George Galloway went to the American Senate. He was watched on satellite television by 30 million people across the world when he stood on George Bush's home territory, right in the heart of the beast, and said 'George Bush, you're a war criminal, you've got the blood of innocent people on your hands' and he told the world this war was for oil and profit. Galloway only said what millions of people around the world would have loved to have said if they'd only had the chance. But Galloway, as our member of parliament had that opportunity and took it. That gave a burst of confidence to the anti-war movement, particularly in America.

Respect is a party that came organically out of the needs of a growing social and political movement in Britain. It was founded by several important elements of the existing anti-war movement – the Muslim Association of Britain, anti-war activists, people who had left the Labour Party because it had changed beyond all recognition.

We have also helped to create a huge debate inside the trade unions. As in Germany, there is a very long history of an intimate connection between the unions and the social democratic party. In Britain, the Labour Party was actually founded by the trade unions to represent their members just over a century ago. This connection has actually played a role in holding back working class movements fighting for a better society, especially during times when the Labour Party has been in power. In order to free working people from those chains holding them back, it is necessary to break the link to a party that is imposing cuts in working and living conditions. So, a very important moment in the development of Respect as a viable political party came when the RMT, the rail and transport workers union, was expelled from the Labour Party for supporting left wing or socialist candidates rather than the local donkey with a labour party rosette. This has created a huge debate in most of the unions about the connection with Labour, and whether they should continue to support and fund a party, which is clearly acting against the interests of ordinary working people in Britain. Respect is in dialogue with the RMT, the fire fighters union and several others, which have been taking a more active and radical stance in the face of neo-liberalism over the last couple of years. Our strategy is to provide these people with a political home in a party that is considerably more progressive than any other parliamentary party in Britain. We also aim to bring the spirit of the anti-war movement into the trade unions, to create grass root networks of trade unionists who have been inspired by peace marches, and give them the confidence to face up the government over privatisation as well.

We can see that this willingness to fight back is starting to slowly return in Britain. A few years ago it was very common to hear the argument that a better world is not possible, because people in Britain will never fight back. Now, we have experienced the green shoots of working class confidence developing. It may have escaped your notice, but there was actually a general strike in Britain a few weeks ago. It's a delight for me to be able to get up and say that, as usually we have to look over the water to Italy, France or Spain to see general strikes and social convulsions, wishing that it would only happen to us! But, finally 1.5 million workers struck together in solidarity against the raising of the retirement age. This was the biggest general strike in Britain since 1926! And it certainly has Blair worried. This is the kind of democracy and confidence that Respect can encourage, whilst taking the debate about the kind of future society we want to see to hundreds of thousands of people who have been completely left out of the 'democratic' process.

Finally I want to say a little more about the rise of anti-muslim racism in Britain. This has been probably the most important challenge for the left over the last few years. Respect

has been under attack ever since its formation from politicians and commentators who, tainted with bigotry, would rather the Muslim community were isolated and silent. But, we have continued to speak the language of peace, justice and equality even when that wasn't immediately popular. The best example I can give of this is the reaction to the terrorist attack that London suffered last July.

On 7th July last year, 4 suicide bombers tragically killed 52 innocent people on the London Underground transport system. Blair attempted to use this event to his political advantage. It must be stressed that this happened just at the time when plans to attack Iran were beginning to crystallise. Blair, and the mainstream pro-war media, used the event to say they were right to go to war on Iraq, that we really do face an unprecedented threat from terrorism, and that mosques were potential breeding grounds for extremists. In this climate, Muslim community leaders were put under huge pressure to apologise and to support the new anti-terrorism legislation, which would allegedly root out fundamentalists, but which actually are ineffective at anything except criminalising Muslims and peace campaigners who speak out in their defence. The new laws Blair imposed included extending the length of time a suspected terrorist can be detained without trial or charge, or even legal representation. Rights to protest have been curbed – a few weeks ago a peace campaigner stood outside Downing Street and simply read a list of names of soldiers and civilians killed in Iraq. She was arrested under the new legislation and sentenced. These new laws represent the most grave attack on our human rights and freedoms for centuries. Blair has clearly lost all his moral authority and now has to resort to creating a climate of fear and suspicion in order to silence dissent.

Respect has responded to these challenges in a principled way. Immediately after the July bombings, George Galloway stood up in parliament and laid the blame for those attacks at the feet of Tony Blair. He said what many of us in the anti-war movement knew to be true, but in the atmosphere of hysteria it took courage to say it. Respect said that the Muslim community had nothing to apologise for, that we would never ask the Christian community to apologise for the terrorism of George Bush. We said that Blair had to take a large portion of the blame for those innocent deaths in London, because he had made us all targets by taking us to war alongside Bush, and giving dissenters no democratic route for their anger.

Had Respect not been there to put that terrorist incident in the wider context of imperialist conflict and political crisis in Britain, then the only message going out from the media and mainstream political debate would have been a racist message that would have further deepened divisions between communities and intensified the scapegoating of Muslims. The unity of the anti-war movement and its political voice, Respect, has contributed a great deal to preventing the rise of worse racism in Britain.

In conclusion, the strength of our movement and new political party is our unity. We have been able to bring activists together from a broad range of political backgrounds and traditions, learning a great deal from each other along the way. We have been able to put our minor political differences to one side for the moment in order to focus on the most important task at the moment – providing effective opposition to all the parties of imperialism and neo-liberalism.

As Noam Chomsky said, there are 2 super powers in the world, US imperialism and the global movements. Well, the forces of imperialism are organised and united most of the time, so we must be as well.

By bringing together official parliamentary representation and extra-parliamentary movements in our communities, workplaces and universities we hope to be able to force political debate back to the left, to continue to mobilise on the streets and to raise the debate about a better world that is surely possible.

4. Eine Auswahl der Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen aus Deutschland

Fredrik Dehnerdt (Regenbogen / Alternative Linke, Hamburg)

Im Schatten Frankreichs finden zur Zeit soziale Kämpfe auch in Deutschland statt -

Noch immer laufen die Streiks im öffentlichen Dienst, streiken die Ärzte; auch gegen Gesetze, die auf europäischer Ebene verabschiedet werden, wird sich gewehrt: so von Sozialverbänden und Gewerkschaften gegen die Bolkestein-Richtlinie, so von den Hafnarbeiter gegen die Dienstleistungsrichtlinie Port Package.

Im letzten Sommer gingen in Deutschland die Studierenden auf die Straße, sie stellten weitreichendere Forderungen als nur ‚Studiengebühren stoppen‘, blieben aber - wie die übrigen Bewegungen - isoliert.

Das Problem zur Zeit besteht nicht darin, dass zu wenig gesellschaftliche Gruppen unzufrieden sind und ihren Protest auf die Straße tragen bzw. streiken, sondern dass sie isoliert kämpfen. Ein Gegenöffentlichkeit ist so kaum aufzubauen.

Denn zu einem gemeinsamen Bewusstsein einer besseren Gesellschaft zu kommen, erschwert sich angesichts der angeblichen Alternativlosigkeit des Neoliberalismus, die von allen etablierten Parteien vertreten wird. Die angebliche Notwendigkeit von ‚Sachzwängen‘, von ‚Standortlogik‘ mit Folgen wie Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Individualisierung von Kosten, Präkarisierung der Arbeitswelt, wird in der öffentlichen Meinung kaum angezweifelt und von allen bürgerlichen Medien vertreten.

Dies ist auch eine Folge der Politik von Rot-Grün – neoliberal, wie sie sich in der Agenda2010 ausdrückt. Es folgte ein Bruch mit den Gewerkschaften, die auch nicht immer progressiv sind. Ein Vakuum tat sich auf: Welche Partei vertritt antikapitalistische Interessen/ verfolgt sozialistische Ansätze?

Dies muss das Ziel der Linkspartei.PDS sein: Die neoliberale Hegemonie quer durch die etablierten Parteien aufbrechen. Dem bestehenden außerparlamentarischen Widerstand parlamentarisch Ausdruck verleihen. Die SPD braucht Druck von Links, die Gewerkschaften brauchen einen neuen, parlamentarischen Ansprechpartner. Sie füllt ein Vakuum.

Ziel muss sein: Gemeinsam mit sozialen Bewegungen Druck aufzubauen suchen; sie darf nicht viele Regierungsbeteiligungen, sondern sie muss gesamtgesellschaftliche Veränderungen anstreben.

Sie muss, gemeinsam mit globalen globalisierungskritischen Bewegungen, Attac, Sozialforen, antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, StudentInnen, SchülerInnen, Gewerkschaften gemeinsame Ziele suchen und gemeinsame Forderungen vertreten.

Wie ist dies zu erreichen? Sie muss den sozialen Bewegungen Infrastruktur und Ressourcen bereitstellen, Informationen beschaffen, etc.

Sie muss politische Unterstützung bieten, sie muss versuchen, soziale Kämpfe zu bündeln, vereinzelte Akteure zu vernetzen.

Und: Sie wird Spannungen ausgesetzt sein: In Regierungsverantwortung zeigt sich der Widerspruch: Sachzwängen unterliegen oder emanzipatorische Politik durchsetzen? So Beispielhaft der PDS/WASG-Streit in Berlin. Schwächt sie Proteste ab, schadet sie der vielfältigen Linken.

Sie muss Teil der sozialen Proteste sein/bleiben und die anti-neoliberalen Gemeinsamkeiten betonen. Denn: Eine Partei ist immer Mittel, um etwas zu erreichen, kein Ziel. Das Ziel ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu einem besseren Leben.

Eine Partei aus der Einsicht, dass wir vereinzelt (als Gruppe/als Thema) nichts bewegen/die neoliberale Hegemonie nicht aufbrechen werden.

Zur Zeit drängt sich ein gemeinsames Thema auf: die große Koalition plant eine Lockerung des Kündigungsschutzes, die Präkarisierung unserer Lebensverhältnisse nimmt stetig zu. Dies, so bemerkt der DGB richtig, sei genau dasselbe, weswegen die Menschen in Frankreich zu Recht auf die Strasse gingen. Doch (noch) regt sich hier kein Protest.

Deutschland brennt - was die Massivität des derzeitigen Angriffs auf Errungenschaften der Sozialpolitik, Bildungsstandards etc. angeht.

Wir brauchen, um diesen Angriff abwehren zu können, um ein Gegengewicht aufbauen zu können, eine große, geeinte linke Bewegung – parlamentarisch und außerparlamentarisch. Der Widerstand muss sich auf allen Ebenen äußern.

Ein weiteres gemeinsames Projekt der Linken der kann die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm sein, - hier wird bereits von einem breiten Spektrum von Parteiorganisationen über Gewerkschaften bis zu anarchistischen Gruppen ein Gegengipfel vorbereitet.

Die sozialen Bewegungen müssen gegen den Anpassungsdruck politische Alternativen formulieren, die helfen, Widerstand zu entwickeln mit dem Ziel, die Gesellschaft verändern.

Lorenz Gösta Beutin (Sprecher Landesvorstand WASG Schleswig-Holstein)

Die neue linke Partei zu einem Bestandteil gesellschaftlicher Gegenmacht machen!

Statement auf der Veranstaltung „Die neue Linke in Europa“ am 18. April in Kiel.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Ich freue mich, heute auf dieser Veranstaltung sprechen und mit Euch diskutieren zu können. Ich bin zwar Landessprecher der WASG, werde aber versuchen, in meinem Statement die Positionen von WASG und Linkspartei im Parteibildungsprozess gleichermaßen zu berücksichtigen.

Ich will thesenartig vier Bereiche ansprechen: Erstens die gesellschaftliche Konfliktlage in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der anstehenden Auseinandersetzung um den Kündigungsschutz und die Lage an den Hochschulen. Zweitens die Frage des Parteibildungsprozesses und die Positionierung der neuen linken Partei in den gesellschaftlichen Bündnissen. Drittens die Voraussetzungen für einen Erfolg der neuen Partei. Und viertens Projekte, die hier in Schleswig-Holstein gemeinsam von Linkspartei und WASG angepackt werden müssten.

1. Zur politischen Lage, besonders in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und an den Hochschulen

In Deutschland können wir seit Jahren einen immer größer werdenden Widerspruch beobachten zwischen steigenden Gewinnen der großen Unternehmen und Einkommen, beständig wachsenden Außenhandelsüberschüssen und dem Ansteigen des gesamtgesellschaftlichen Reichtums auf der einen Seite, und einer ungleichen Verteilung dieses Reichtums verbunden mit der Verarmung breiter Massen auf der anderen. Begleitet wird das durch eine neoliberalen Ideologie, die uns die gegenwärtige Gesellschaft als ‚Ordnung der Freiheit‘ verkauft will.

Ich will dies an zwei Beispielen deutlich machen, die vielleicht die anschließende Diskussion befördern helfen:

Ein Gesetzentwurf, bei dem sich Parallelen zur Auseinandersetzung um den Ersteinstillungsvertrag in Frankreich auftun, wird in den nächsten Monaten vorgelegt werden: Unter dem Stichwort „Kündigungsschutz weiterentwickeln“ findet sich im Koalitionsvertrag auf Bundesebene die Formulierung, den Arbeitgebern solle ermöglicht werden, „anstelle der gesetzlichen Regelwartezeit von 6 Monaten [...] mit dem Einzustellenden eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten zu vereinbaren.“ Diese Regelung betrifft einerseits alle Beschäftigten. Andererseits wird hier der Eindruck erweckt, als könnten dies ‚Arbeitnehmer‘ und ‚Arbeitgeber‘ ‚auf gleicher Augenhöhe‘ aushandeln. Tatsächlich ist es aber so, daß die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation die Beschäftigten in eine extreme Abhängigkeit versetzt. In der kommenden Auseinandersetzung wird viel davon abhängen, wie sehr es gelingt, diesen Zusammenhang auszuleuchten!

Zum Bereich der Hochschulen. Auch in Schleswig-Holstein wird der bundesweite Trend klar: Unter dem Stichwort „Verschlankung der Gremien- und Leitungsstruktur“ sollen die Selbstverwaltungsstrukturen entmachtet werden zugunsten einer „Präsidialverfassung“, die dem Präsidium weit reichende Rechte zuweist. Ein Hochschulrat, der überwiegend oder ganz aus externen Mitgliedern besteht soll die „unternehmerischen Aspekte“ unterstützen. Die Möglichkeit, die Universitäten in Stiftungen öffentlichen Rechts umzuwandeln, soll geschaffen werden. Die Studierenden sollen durch die Konzentration bei den Abschlüssen auf Bachelor- und Masterstudiengänge (hier orientiert man sich am so genannten Bologna-

Prozeß auf europäischer Ebene) und die avisierte Einführung von Studiengebühren (denn man will – so steht es im Koalitionsvertrag – keine „Insellösung“) zur Konformität gezwungen werden.

In einem Eckpunktepapier des Wissenschafts- und Wirtschaftsministers (!) Austermanns wird ein grundlegender Wandel des Wissenschafts- und Bildungsbegriffs deutlich: Es ist dort die Rede vom „Wettbewerb“, dem man sich stellen müsse, der „Verschlankung“, die deshalb notwendig sei, der „Eigenverantwortung“ der Hochschulen, die auch erfordere, die Fächer und Leitungsfunktionen „effizienter zu strukturieren“ und „zu optimieren“ usw. usf. Der Anspruch, Bildung und Wissenschaft müssten zur gesellschaftlichen Mündigkeit der Menschen beitragen und der gesamten Gesellschaft nützlich sein, weicht einem Bild, in dem das Studium auf die Hervorbringung von ‚Humankapital‘ reduziert und die Produktion von Wissen ‚just in time‘ für den Wirtschaftsstandort gefordert wird.

Die Aufgabe der Linken ist es in dieser Situation, auf das Wirken der immergleichen Mechanismen in den verschiedenen Bereichen hinzuweisen: Das Erzielen von Profiten und das Mehren des Reichtums der großen Einkommen und Unternehmen mit den Instrumenten allseitiger Konkurrenz und des Abbaus demokratischer Errungenschaften. Für die Gewerkschaften heißt das: Es reicht nicht, sich auf die ‚Kernaufgaben‘ der Tarifpolitik und des Arbeitsrechts zu beschränken, sondern es ist nötig, sich offensiver gegen die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft zur Wehr zu setzen. Und in den Protesten der Studierenden muss deutlicher werden, dass es nicht um den Erhalt von Statusinteressen geht, sondern dass es sich um einen Abwehrkampf gegen die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Gesellschaft handelt. Die Auseinandersetzungen in Frankreich haben meines Erachtens gezeigt, dass weit reichende Erfolge nur zu erzielen sind, wenn sich die Akteure in den verschiedenen Feldern des Kampfes für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft zusammenschließen!

2. Zum Parteibildungsprozess

Zwar ist der unmittelbare Impuls für den Parteibildungsprozess im Jahr 2005 hervorgegangen aus der Neuwahlentscheidung und der daraus resultierenden Einsicht, dass eine Konkurrenz Kandidatur zweier linker Parteien die Gefahr barg, dass beide nicht den Sprung über die 5-Prozenthürde schaffen. Doch liegen die Ursachen weiter zurück:

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland starke Proteste gegen die Einführung der Hartz-Gesetze. Aus der Erkenntnis, dass die SPD schon lange nicht mehr die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertritt, bildeten sich zwei ähnlich ausgerichtete Initiativen („Wahlalternative 2006“ und „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“), die sich dann zum Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zusammenschlossen. Daraus ging Anfang letzten Jahres die Partei WASG hervor. Auf der anderen Seite existiert, hervorgegangen aus der SED, seit der ‚Wende‘ die PDS als Partei, die sich ebenfalls das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und (darin darüber hinausgehend) eine generelle Systemüberwindung hin zu einem demokratischen Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hat. Die eher gewerkschaftlich orientierte WASG ist vor allem in den westlichen Bundesländern verankert, die Linkspartei.PDS hat ihr traditionelles Wählerpotential in den Ost-Bundesländern und ist immer wieder mit einer Westausdehnung gescheitert.

Beide Parteien wollen nun unter Einbeziehung von Bündnispartnern aus den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und anderen fortschrittlichen Organisationen eine neue linke Partei bilden. Dieser Prozess verläuft nicht ohne Konflikte. In diversen Bundesländern gibt es Reibungspunkte (man braucht nur an Berlin zu denken!), die sich daraus erklären, dass sich hier eine Partei mit einer langjährigen Geschichte und entsprechend ausgebildeten Strukturen und eine junge Partei, die selbst ihren Parteiwerdungsprozess noch nicht abgeschlossen hat, zusammenschließen wollen. Das Ziel sollte es aber sein, diese Konflikte nicht zum Trennenden werden zu lassen, sondern zu fragen,

wie man es hinbekommt, dass man sie inhaltlich füllt und diskutierbar macht. Die Konfliktlinien verlaufen schließlich nicht zwischen den Parteien, sondern durchziehen beider Mitgliedschaften.

3. Voraussetzungen für einen Erfolg

Fünf Voraussetzungen für einen Erfolg des Projektes will ich hier kurz anreißen. Erfolg meint dabei nicht nur den formalen Zusammenschluss, sondern die Frage, wie sehr es gelingt, zu einer wirksamen oppositionellen Kraft in diesem Lande zu werden:

1. Die neue linke Partei muss Teil einer gesellschaftlichen Gegenmacht gegen den Neoliberalismus werden. D.h. sich nicht auf den Kampf um Parlamentssitze zu beschränken, sondern das Bündnis mit den gesellschaftlichen Gruppen zu suchen, die ähnliche Ziele verfolgen.
2. Anstelle einer weiteren Partei, an deren Spitze einige Politprofis den Kurs angeben, der Rest der Mitgliedschaft aber inaktiv ist, muss die neue Partei ihre Mitgliedschaft in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Dazu bedarf es entsprechender Strukturen, die die Beteiligungsmöglichkeiten des einzelnen Mitglieds garantieren.
3. Es muss eine Diskussion geführt werden über die verschiedenen Traditionen und Politikkonzepte der Parteien. Das heißt auch, dass die neue Partei verschiedene Ansätze integrieren muss, die die Spannweite einer linken, anti-neoliberalen Politik von sozial engagierten Christen, über Sozialdemokraten bis hin zu Sozialisten und Kommunisten ausmacht.
4. In der neuen Partei sollte es einige Grundpositionen geben, auf die man sich als Konsens einigt und die Maßstäbe für eventuelle Regierungsbeteiligungen darstellen. Beispielsweise könnten das sein: die Ablehnung von Privatisierungen der öffentlichen Daseinsfürsorge, kein weiterer Abbau sozialer Rechte, eine grundlegende Friedenspolitik und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Ziel.
5. Die Arbeit der Partei sollte drei wesentliche Aufgaben erfüllen: Kritik am neoliberalen Kapitalismus, seinen Funktionsweisen und den Formen seiner Fortschreibung (Aufklärung). Entwicklung von Projekten und Kampagnen, die den gegenwärtigen neoliberalen Politikkonzepten entgegengestellt werden können (Alternativen). Und drittens – und dies ist vielleicht die schwerste Aufgabe – die Erarbeitung einer gesellschaftlichen Perspektive einer friedlichen, sozial gerechten Gesellschaft, die als konkrete Utopie den beiden vorgenannten Punkten Orientierung bieten kann (Perspektive).

4. Projekte für Linkspartei und WASG in Schleswig-Holstein

Zum Schluss will ich acht Aufgaben benennen, die (unter Berücksichtigung der besonderen Landesspezifik) von Linkspartei und WASG angepackt werden könnten und die auch Verbindungen über den nationalen Kontext hinaus aufweisen. Das ist beileibe nicht alles und sicher ergänzungsbedürftig:

1. Durch die Mobilisierung zu den und die Unterstützung der Proteste beim G8-Gipfel in Heiligendamm können im nächsten Jahr erste Pflöcke für eine europäische Vernetzung eingeschlagen werden.
2. In der Innenpolitik ist die Auseinandersetzung um das neue Sicherheitsgesetz weiter zu führen, denn dies enthält grundlegende Einschnitte in die Bürgerrechte. Hier ist der Bezug sowohl zu den anderen Bundesländern, die teilweise schon ähnliche Gesetzvorhaben abgeschlossen haben oder planen, zu suchen sowie auch die europäische Vernetzung, denn der 11. September wurde in vielen Ländern zu einer verschärften Innenpolitik genutzt.

3. In der Bildungs- und Wissenschaftspolitik sind die Studierenden in ihren Protesten gegen Studiengebühren und eine weitere Ökonomisierung der Hochschulen zu unterstützen. Darüber hinaus könnten weitere Themen die Entwicklung einer Alternative zum sozial selektiven dreigliedrigen Schulsystem sein sowie Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildungssituation.
4. Die Initiativen gegen Hartz IV, das Engagement gegen die Privatisierung öffentlicher Bereiche und der Kampf um den Erhalt und Ausbau von grundlegenden sozialen Errungenschaften und Arbeitnehmerrechten (Mindestlohn, Kündigungsschutz, Privatisierung des Lübecker Hafens etc.) ist weiter zu führen. Dabei müssen wir das Bündnis mit Gewerkschaften sowie Sozial- und Arbeitsloseninitiativen suchen.
5. In Schleswig-Holstein steht der Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus auf der Tagesordnung, d.h. die Unterstützung antifaschistischer Bündnisse und der Aufruf und die Planung von Demos und Veranstaltungen, zumal sich in Neumünster mit dem „Club 88“ ein über die Landesgrenzen hinaus bekannter Neonazitreff befindet, und sich dort außerdem wegen des „Ausreisezentrums“ der Widerstand gegen die diskriminierende Abschiebepolitik kristallisiert.
6. Da wir in Schleswig-Holstein einige Militärstützpunkte vor der Haustür haben, steht für uns neben friedenspolitischen Forderungen auch die Frage von Konversionsprogrammen an, wenn wir hier eine glaubhafte Perspektive entwickeln wollen.
7. Nicht zuletzt haben wir uns entschieden, auch in Schleswig-Holstein den Parteibildungsprozess voranzutreiben. Dazu gehört die Diskussion um Programm und Struktur der neuen Partei, genauso wie die Entwicklung gemeinsamer landespolitischer Perspektiven.
8. Eine Möglichkeit, diese Themen zusammenzuführen, die wir unter den Vorbereitern dieser Veranstaltung diskutiert haben, ist die Ausrichtung einer Oppositionskonferenz für Schleswig-Holstein im Herbst. Hier könnten alle oppositionellen Gruppen von den Gewerkschaften, über die Jugendverbände, die politischen Organisationen, die sozialen Bewegungen, die Friedensbewegung und antifaschistische Bündnisse an einem Wochenende zusammenkommen, um in Arbeitsgruppen die spezifischen Themen und die verbindenden Punkte aller Bereiche zu diskutieren und daraus gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Edmond Jäger (WASG Vorstand Freiburg, Die Linke.Hochschulgruppe Freiburg)

1. Neoliberalismus in Deutschland

Die herrschende Politik in der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus, die man allgemein als Neoliberalismus bezeichnet, beinhaltet vor allem zweierlei: Privatisierung und Liberalisierung. Das bedeutet, dass das Kapitalverhältnis sich auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft ausdehnt. Dieses Phänomen wird von manchen als „innere Landnahme“ bezeichnet, da das Kapital wie ein Kolonisator die Menschen seinen Gesetzen unterwirft um sie ausbeuten zu können.

Als Beispiele für Liberalisierung kann man die Maastrichter Verträge anführen, die einen europäischen Binnenmarkt herstellten, genauso wie die Bolkestein Direktive, die dafür sorgen soll, dass Regelungen des Sozialstandards und der Löhne für Arbeitnehmer europaweit abgebaut werden.

Privatisierungen kennen wir in Deutschland von der Post, der Bahn, der Telekom und sogar von Krankenhäusern. Die Privatisierung wichtiger, bisher öffentlicher, Dienstleistungen wurde insbesondere von der Regierung Schröder vorangetrieben. Die Parität der Sozialversicherungen, die seit Bismarck existiert, wurde schon von der Regierung Kohl angegriffen, indem sie die Finanzierung der Pflegeversicherung allein den Arbeitnehmern aufbürdete. Unter Schröder beschleunigte sich diese Entwicklung erheblich, unter dem Label „Agenda 2010“. Die Leistungen des Gesundheitssystems werden seither immer weniger paritätisch finanziert, in Arztpraxen muss man 10 € Eintrittsgeld zahlen. Für die Rente soll man sich privat versichern, das heißt auch hier: die Unternehmer zahlen nicht mehr die Hälfte der Renten ihrer Beschäftigten.

Wozu dient das Ganze? Wieso ergreift eine Regierung Maßnahmen, die der Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich schaden? Hinter diesen neoliberalen Maßnahmen steckt die Logik, dass das Kapital angelockt werden muss, damit es investiert wird. Denn zur Zeit ist das Wachstum der Wirtschaft in der BRD bescheiden und Arbeitsplätze sind rar. Um das zu ändern, wird von neoliberalen Politikern der Plan verfolgt den „Standort Deutschland“ profitabler zu machen, damit hier mehr produziert wird.

Tatsächlich werden in Deutschland vor allem die Arbeitsplätze in der Industrie weniger. Einige zehntausend Arbeitsplätze gingen in Deutschland seit der Wende durch Verlagerung ins Ausland verloren, viel mehr aber durch die Steigerung der Produktivität durch Maschinen. Um dem Effekt der Arbeitsplatzvernichtung entgegenzuwirken, wäre es sinnvoll die Arbeitszeit in der Industrie zu senken und Arbeitsplätze im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, Bildung, Kinderbetreuung und Pflege alter und behinderter Menschen, zu schaffen. Solche Maßnahmen würden nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern würden zugleich die Lebensqualität in Deutschland deutlich erhöhen. Letzteres müsste natürlich durch Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen finanziert werden und würde genauso wie eine Verkürzung der Arbeitszeit die Unternehmer herausfordern. Das möchte die herrschende Politik aus Angst, bei dieser Auseinandersetzung den Kürzeren zu ziehen und aus eigener (neoliberaler) Überzeugung lieber nicht.

Stattdessen soll der „Standort“ für das Kapital attraktiver gemacht werden. Aus der markthörigen Ideologie, die den Interessen der Unternehmer zu Gute kommt, ergibt sich, dass man den Markt nur fördern muss. Dann klappt es auch mit Wachstum und Beschäftigung. Gibt es zum Beispiel Arbeitslosigkeit, dann kann das in diesem Denken nur daher rühren, dass man den Markt noch nicht genügend zur Geltung verholfen hat. Die Arbeitslosen verkaufen sich nicht gut genug. Um das zu ändern wurde Hartz IV in die Welt gesetzt. Arbeitslose müssen jetzt quasi jeden Job annehmen, und das zu jedem Lohn. Das macht den Arbeitslosen billiger und ist sicher gestellt, dass er dem Markt wirklich zur Verfügung steht. Bisher verkauft sich diese Ware aber immer noch recht schleppend.

2. Widerstand gegen den Neoliberalismus

Bei all den Schreckensmaßnahmen muss man natürlich danach fragen, ob sich bisher Widerstand geregt hat. Schon im November 2003 gab es eine große Demonstration gegen den Abbau sozialer Errungenschaften in Berlin. Im April 2004 folgten Demonstrationen in mehreren deutschen Städten mit insgesamt 500000 Demonstranten. Diese Demo war vom DGB organisiert und von attac und anderen Gruppen der sozialen Bewegungen unterstützt worden. Die Demonstration blieb aber letztlich ohne Folgen. Der DGB war nicht bereit die SPD-Regierung in die Zange zu nehmen, da er die SPD immer noch als Schwesterorganisation betrachtet hat.

Die bemerkenswertesten Demonstrationen gegen die neoliberale Schröder-Politik wurden aber „von unten“ organisiert, ohne Unterstützung des DGB. Jeden Montag demonstrierten die Menschen gegen den größten Abbau sozialer Errungenschaften nach dem Krieg. Vorbild für die Montagsdemos waren die gleichnamigen Demonstrationen, die die DDR zu Fall gebracht hatten. Im Unterschied zur SED dankte die SPD aber nicht ab und richtete auch keinen Runden Tisch ein um mit den Protestierenden zu sprechen. Weil sie nicht im Stande waren Hartz IV abzuwenden, verliefen die Demonstrationen nach einiger Zeit im Sand, obwohl sie nach den namensgebenden Demos der Wendezeit die größten Demos in Deutschland waren.

Gleichzeitig gründete sich in Bayern die Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit und in Hamburg die Wahlalternative 2006. Aus Enttäuschung über die verheerende Politik und auf Grund der Einschätzung, dass es im Bundestag eine soziale Kraft geben muss, schloss man sich bald zusammen und formte eine gemeinsame Partei: die WASG.

Diese neue Partei, die WASG, wurde gegründet um die außerparlamentarische Opposition außerhalb und innerhalb der Parlamente zu stärken. Mit der WASG bot sich die Möglichkeit den DGB aus der Umklammerung der SPD zu lösen und den außerparlamentarischen Bewegungen in den Parlamenten eine Stimme zu geben.

Bereits 12 000 Menschen konnten für die WASG gewonnen werden. Darüber hinaus wurde eines der Ziele, eine soziale Kraft in den Bundestag zu befördern, im vergangenen Herbst zusammen mit der in Linkspartei verwandelten PDS verwirklicht.

3. Wie geht es weiter?

Die neue Fraktion der Linken sorgt dafür, dass in der Öffentlichkeit der Chor derjenigen die den Neoliberalismus als alternativlos bezeichnen nicht mehr ohne Widerspruch bleibt. Die Linksfraktion hat z.B. im Bundestag die größte Anhörung zu Hartz IV organisiert. Sie hat durch das Anziehen von Streikwesten im Bundestag und zahlreiche Besuche von Streikversammlungen Solidarität mit den Streikenden von ver.di gezeigt.

Doch die neue Linkspartei aus WASG und Linkspartei.PDS und vielen noch parteilosen Linken, die die beiden Parteien Linkspartei.PDS und WASG noch verwirklichen müssen, kann jetzt schon mehr. Sie schaltet sich aktiv ein in den Kampf um einen Mindestlohn. Sie solidarisiert sich überall mit Streikenden. Sie wird zu der bündelnden Organisation für all diejenigen, die den Neoliberalismus in allen seinen Facetten in allen Bereichen der Gesellschaft bekämpfen wollen.

Mit der neuen Linkspartei entsteht eine Partei, die in der Lage ist, die Unzufriedenen dazu zu bewegen aktiv zu werden gegen die herrschende Politik, die sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung richtet. Dass Viele ihr Vertrauen in die Kraft dieser neuen Partei richten sieht man, wenn man sich anschaut wie viele Menschen bei der WASG und bei der Linkspartei.PDS aktiv geworden sind, seitdem die neue Linkspartei auf der Tagesordnung steht. Darunter sind besonders viele Menschen, die vorher noch nie politisch aktiv waren. Darunter sind auch viele Linke, die eine neue politische Heimat gefunden haben.

Die Methode, den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf zu verbinden ist das Erfolgsrezept, das die neue Partei haben wird und die nächsten wichtigen Aufgaben stehen bereits an. Der Kampf um den Mindestlohn, der am 1. Mai beginnen wird, wird viel Engagement erfordern.

In Freiburg wird in nächster Zeit der Kampf gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen anstehen. Auch hier muss der Neoliberalismus deutlich in seine Schranken gewiesen werden. Dafür ist es wichtig noch mehr Menschen zu gewinnen, damit in Deutschland die sozialen Bewegungen genauso stark werden wie wir es gerade in Frankreich gesehen haben. Wir haben in Europa einen gemeinsamen Gegner – die herrschende neoliberale Politik und das Interesse des Kapitals, das dahinter steht. Wir müssen nur noch lernen dasselbe Engagement im Widerstand dagegen zu entwickeln, das es in Europa schon mancherorts gibt. Mit der neuen Linken können wir einen entscheidenden Beitrag dazu leisten.

Simon Schneider (Hochschulgruppe DIE LINKE.solid Köln)

Vor acht Jahren wurde in Deutschland die konservative Regierung nach sechzehn langen Jahren abgewählt. Ihre Abwahl wurde von einer breiten sozialen Bewegung begleitet, die an das Ende der Ära Kohl die Hoffnung einer sozialen Neuorientierung knüpfte. Diese Hoffnung konnte Ende der 90er auch in anderen Ländern Europas gefunden werden. Die Hoffnung wurde allerdings schnell enttäuscht. Statt einer sozialen Umkehr setzte eine Fortsetzung neoliberaler Politik ein. In vielerlei Hinsicht konnte eine solche Politik besser unter einer sozialdemokratischen Regierung durchgesetzt werden, da die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland historisch stark mit der SPD verbunden war.

Die erhoffte politische Alternative war keine und die neue Regierung mühte sich, ihre Politik als notwendig und unausweichlich darzustellen. Die Gewerkschaften, so nützlich sie auch zur Mobilisierung der Massen hin zu den Wahlurnen gewesen sein mögen, wurden im politischen Diskurs zu Dinosauriern einer längst vergangenen sozialpolitischen Vorzeit und sollten möglichst den realen Dinosauriern folgen und aussterben.

Dennoch löste sich der Widerstand gegen eine den deregulierten Kapitalismus zur historischen Notwendigkeit machenden Politik nicht auf. Eine Politik, die immer mehr Menschen zu einem nicht oder nur prekär auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Überschuss macht, die kein soziales Gewissen zeigt, die immer öfter auf Kriege zur Absicherung oder Expansion des eigenen Einflussbereiches zurückgreift, die die Opfer einer selbst mitgestalteten ungleichen Entwicklung des Kapitalismus an den Grenzen des scheinbaren Wohlstandes zurückweist usw. usf., fand ihr Kontra in einer wieder erstarkenden außerparlamentarischen Bewegung. Diese Bewegung fand trotz ihrer politischen Heterogenität und der breit gefächerten Themenschwerpunkte immer wieder bei Protesten oder auf Sozialforen zusammen. In dieser antineoliberalen Bewegung entwickelte sich auch die Idee, die verschiedenen Forderungen wieder auf das parlamentarische Parkett zu führen, obgleich man sich der Schwierigkeiten gegen den neoliberalen Mainstream durchzusetzen bewusst war und ist.

Angesichts einer den sozialen Unmut mit populistischen Parolen aufzufangen suchenden nationalistischen und/oder faschistischen Rechten, sowie einer immer breiter werdenden Akzeptanz dieser Parolen bei einem breiten deklassierten und perspektivlos gemachten Teil der Bevölkerung in Deutschland und Europa, erscheint es immer notwendiger die Kritik des kapitalistischen Raubaus im Parteienspektrum von links zu belegen. In Deutschland hat sich die noch zu vollendende Linkspartei dieses Ziel gesetzt und fand damit breiten Zuspruch. Sie will den Scharnier zwischen sozialer Bewegung und Parlament herstellen.

Wir, die Die Linke.solid HSG, versteht sich als Teil der sozialen Bewegung an der Uni. Bei uns trifft man auf dieser Basis auf AktivistInnen mit verschiedenen politischen Schwerpunkten und politischen Überzeugungen; Teile der Gruppe beteiligen sich auch über die Uni hinaus am Aufbau der neuen Linkspartei in Linkspartei.PDS und WASG.

Ulrike Eifler (Hochschulgruppe WASG Marburg, WASG Landesvorstand Hessen)

Ich glaube, dass wir gegenwärtig vor den größten neoliberalen Angriffen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands stehen.

Im Unterschied zu Frankreich will die Große Koalition den Kündigungsschutz nicht nur für junge Menschen, sondern für alle lockern. Während einer Probezeit von 2 Jahren kann jeder Arbeitnehmer zu jeder Zeit ohne jeglichen Grund gefeuert werden.

Dazu kommt die angekündigte Rente mit 67, massive Einschnitte im Gesundheitsbereich und Kürzungen bei Hartz IV-Empfängern.

Auch die Universitäten verändern sich. Mit der Einführung von BA/ MA-Studiengängen findet langfristig eine Entqualifizierung des Studiums statt, um so die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Insbesondere Studenten aber auch Absolventen sind als soziale Schicht zum Experimentierfeld für prekäre Beschäftigung geworden. Sie werden während, aber auch nach ihrem Studium als Praktikanten durchgereicht und fungieren ungewollt als Rammbock gegen Tariflöhne. Gegenwärtig arbeiten in Deutschland 400.000 Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium als 1-Euro-Jobber.

Nach und nach werden in beinahe allen Bundesländern Studiengebühren eingeführt. Das Hochschulstudium wird dadurch für ärmere Schichten unerschwinglich und Bildung wieder zur Klassenfrage.

Im übrigen ist nicht die arabische, türkische oder serbische, sondern die soziale Herkunft die Ursache für die Probleme an der Rütli-Schule in Berlin Neukölln.

„Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler gesammelt werden, die weder von den Eltern, noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen, um ihr Leben gestalten zu können? In den meisten Familien sind unsere Schüler die einzigen, die morgens aufstehen. Wie sollen wir ihnen erklären, dass es trotzdem wichtig ist, in der Schule zu sein und seinen Abschluss anzustreben?“, heißt es in dem gemeinsamen Brief des Kollegiums der Rütli-Schule.

Der ökonomische Druck auf die Menschen ist in Deutschland also ähnlich hoch wie in Frankreich, wenn nicht höher. Was also ist anders als in Frankreich? Für das Ausbleiben ähnlicher Proteste gibt es einige sehr konkrete und zum Teil hausgemachte Ursachen.

1. Ein Teil der Angriffe, insbesondere an den Hochschulen, findet sehr fragmentiert statt. Studiengebühren werden nicht bundesweit eingeführt, sondern nach und nach auf Landesebene. Dies erschwert die bundesweite Organisation von Widerstand. Darüber hinaus finden die Angriffe aber auch in Bezug auf ihre Zielgruppen fragmentiert statt. Studiengebühren werden nicht zeitgleich mit der Lockerung des Kündigungsschutzes, der Forderung nach einer 42-Stundenwoche oder der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters eingeführt, sondern zeitlich versetzt. Dies erschwert aktive Solidarisierungseffekte und führt dazu, dass Abwehrkämpfe häufig auf der Stufe sektoral beschränkter Interessenvertretung stehen bleiben.
2. In diesem Zusammenhang fehlen bundesweit vernetzte Strukturen, die zum Rückrat einer landesweiten Bewegung werden können. Der Erfolg der Non-Kampagne in Frankreich letztes Frühjahr war vor allem deshalb möglich, weil im ganzen Land über 1.000 Komitees entstanden, die eine beispiellose Mobilisierung über Monate aufrechterhalten konnten. Knapp die Hälfte dieser Komitees spielte eine zentrale Mobilisierungsrolle bei den Protesten gegen das Ersteinstellungsgesetz. In Deutschland fehlen diese Strukturen ebenso wie ein bundesweit vernetzter Schüler- und Studentenverband, der in der Lage wäre, neoliberale Angriffe politisch zu verallgemeinern und bundesweit zu thematisieren. Konkret heißt das, dass ein solcher Studentenverband bei einer Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg auch an den Universitäten in Hessen, Brandenburg und Schleswig-

Holstein für Vollversammlungen und Proteste eintreten könnte.

3. Den Protesten in Frankreich sind in den vergangenen Jahren andere Proteste vorausgegangen, die eine Basis für eine antineoliberale Grundstimmung in der Gesellschaft legten. Dazu zählt die Jugendrevolte vom letzten Herbst ebenso wie die NON-Kampagne und natürlich die Massenstreiks gegen die Angriffe auf den öffentlichen Dienst 1995. Dabei zeigen gerade die Streiks von 1995, wie sehr der ökonomische Druck auf die ärmeren Schichten zugenommen hat. Genauso wie 1968 wurden in den französischen Großstädten 1995 Autos umgeworfen und angezündet, aber im Gegensatz zu 1968 wurden vorher die Autoradios herausgerissen und die Autos erst dann in Brand gesteckt.
4. Durch die historische Arbeitsteilung der deutschen Arbeiterbewegung in einen politischen und einen ökonomischen Flügel sind Gewerkschaften und SPD auch heute noch eng miteinander verflochten. (Einfluss SPD) Dies hat in den letzten Jahren zu einer Stillhaltepolitik der Gewerkschaften geführt. Vermochten es die Gewerkschaften von 1996-1998 im Zuge der Anti-Kohl-Proteste mit Bussen und Sonderzügen 300.000 Menschen nach Bonn und Frankfurt zu mobilisieren, brachen mit dem rot-grünen Regierungsantritt 1998 die Gewerkschaften, die SPD und die Grünen als klassische Mobilisierungspfeiler für außerparlamentarische Proteste plötzlich weg. Mit dem Argument, die SPD sei das kleinere Übel, zu dem es keine Alternative gebe, wurde der rot-grüne Neoliberalismus von den Gewerkschaften erduldet.

Vielleicht als kleine Anekdote: 1992 war die Streikrate in Frankreich geringer als in Deutschland. Bereits 1995 gab es eine Massenstreikbewegung und 1997 bekannte Jaques Chirac „Dieses Land ist unregierbar“.

Bleibt die Frage nach den Perspektiven für eine neue Linke in Deutschland. Die Debatte über den gemeinsamen Wahlantritt von WASG und Linkspartei zur Bundestagswahl und das hervorragende Ergebnis von 8,7 Prozent haben eine Aufbruchstimmung ausgelöst, die weit über die etablierte Linke in Deutschland hinausgeht. Trotz aller Schwierigkeiten beim Aufbau einer gemeinsamen neuen Linken gilt, was im „Aufruf der Jugend“ im Juli letzten Jahres so schön formuliert war: „Besser eine Fraktion mit Widersprüchen, als ein Parlament frei von Widerspruch“.

Die Bundestagsfraktion alleine wird den Sozialabbau aber nicht stoppen, dazu müssen wir – so wie in Frankreich - die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und das ist nur durch Bewegung von unten möglich. Deshalb muss eine neue linke Partei mehr sein als eine Fusion aus Linkspartei und WASG, muss mehr sein, als die pure Addition zweier Parteiapparate.

Eine neue Linke muss die außerparlamentarischen Bewegungen in den Neuformierungsprozess mit einbinden und mit ihnen gemeinsam nach einer Strategie im Kampf um soziale Veränderung suchen. Gewerkschafter, attac, die Friedensbewegung, Arbeitsloseninitiativen und Hochschulgruppen sind eingeladen, dass Projekt einer gemeinsamen neuen Linken mit aufzubauen.

Reden wir über das neue an dem Projekt einer neuen Linken. Sie hebt sich positiv ab vom üblichen Parteienspektrum, nicht nur programmatisch, sondern auch strategisch. Die 8,7 Prozent werden nicht einfach nur genutzt, um im Parlament vertreten zu sein. Zum ersten Mal in der Geschichte der Linken, wird ein Wahlerfolg genutzt, um zum Sprachrohr von außerparlamentarischen Bewegungen im Parlament zu werden. Während der ver.di-Streiks betrat die Linksfraktion den Plenarsaal in Streikwesten. Gleichzeitig werden Büros eingerichtet, um den Kontakt zu außerparlamentarischen Bewegungen herzustellen und aufzubauen. Auf der Landesvorstandssitzung der WASG Hessen war Horst Schmitthenner vom Verbindungsbüro der IG Metall zu den sozialen Bewegungen eingeladen.

Und auch die Linksfraktion selbst ist sehr bunt gemischt und repräsentiert ein breites Spektrum der Linken. Da gibt es Heike Hensel, die aus der Friedensbewegung kommt, da gibt es Sevim Dagdelem von DIDF, da gibt es Leute wie Oskar Lafontaine und Ullrich Maurer, die jahrzehntelang SPD-Mitglieder waren, es gibt linke Gewerkschafter wie Klaus Ernst, Hüseyin Aydin und Werner Dreibus, es gibt Nele Hirsch, die aus der Bewegung gegen Studiengebühren kommt und es gibt Leute wie Katja Kipping, die fest verankert sind in Anti-Privatisierungskampagnen.

Ziel der neuen Linken muss es sein, aus der Wahlbewegung und den hervorragenden Ergebnissen bei den letzten Wahlen eine sichtbare Bewegung auf der Strasse und in den Betrieben zu machen. Die Beispiele aus Frankreich, Italien und Großbritannien zeigen, dass eine linke Partei eine unerlässliche Rolle beim Aufbau einer solchen Bewegung spielt, politisch wie organisatorisch. Deshalb brauchen wir in Deutschland eine neue linke Partei, die den Einfluss der SD auf die Gewerkschaften bricht, in dem sie deutlich macht, Politik ist nicht alternativlos und die SPD nicht das kleinere, sondern ein anderes Übel, die bundesweit verankert ist in sozialen Bewegungen und eine mobilisierende und aktivierende Rolle spielen kann. Voraussetzung dafür ist allerdings; dass es der neuen Linken gelingt, die Zersplitterung in unzählige linke Einzelgruppen ebenso wie die Spaltung in Ost und West zu überwinden.

Eine der wichtigsten Aktivistinnen der französischen Kampagne gegen die EU-Verfassung, Elisabeth Gauthier, hat auf dem Sozialforum in Erfurt gesagt: „Die gesamte europäische Linke hat auf Frankreich geschaut und wir haben nur deshalb gewonnen, weil wir politische Differenzen bei Seite geschoben haben, die Gemeinsamkeiten betont haben und eine breite Einheit in der Linken hatten, wie sie zuvor nicht möglich schien. Jetzt schaut die europäische Linke auf Deutschland und ob ihr es schafft eine starke Kraft links von der SPD aufzubauen. Bitte vertut diese Chance nicht“.

5. Presseecho

Tournee der Linken / Deutsche Welle

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1984953,00.html>

Rechts und links, das gibt es gar nicht mehr? Nicht so für die Nachwuchskräfte von Sozialisten und Kommunisten in Europa. Mit wenig Traditions- und viel Kampfgeist schauen sie in die Zukunft.

Suzie Wylie klingt ein klein wenig erschöpft. Kein Wunder - zehn Tage lang war sie in Deutschland unterwegs und hat sich an dreizehn Universitäten den Kopf heiß geredet über linke Politik in Europa. Wylie ist Mitglied der linken "Respect"-Partei Großbritanniens, zur Tournee eingeladen hatte sie die deutsche Linkspartei.

Wo steht die neue Linke?

Gemeinsam mit Kamel Brahmi, einem Franzosen und Antonello Zecca aus Italien habe sie über die Erfahrungen linker Bewegungen in ihren Ländern gesprochen, so Wylie. "Wir haben mit deutschen Studenten und Aktivisten darüber diskutiert, ob es eine neue Linke in Europa gibt."

Bildunterschrift: Die neue Linke sei da, und überall auf dem Vormarsch, das habe man festgestellt, sagt Wylie. "Wir haben aber auch gemerkt, dass es einige Unterschiede gibt: In Italien und Frankreich sind die kommunistischen Parteien fest etabliert, bei uns in Großbritannien überhaupt nicht." Nur einen Parlamentsabgeordneten stelle Respect bisher. "Wir haben uns erst im Zuge der Proteste gegen den Irak-Krieg 2004 gegründet. Der Frieden ist immer noch unser wichtigstes Thema - wir sehen uns nicht als klassische Linkspartei."

Links und sehr links

Als Kommunistin möchte sich Wylie daher nicht bezeichnen. Den Genossen Kamel Brahmi und Antonello Zecca dürfte das leichter fallen. Sie sind beide Mitglieder der kommunistischen Parteien ihrer Länder, der Parti Communiste in Frankreich und der Rifondazione Comunista in Italien. Die Abgrenzung von kommunistischen Regimen in Geschichte und Gegenwart fällt ihnen nicht immer leicht. Sozialdemokratische Bewegungen, die Labour-Partei in Großbritannien oder die deutsche SPD, das ist umso klarer, gehören für die Aktivisten schon lange nicht mehr zum wahrhaft linken Spektrum.

Dafür verlaufe die Trennlinie zwischen links und sehr links in Frankreich nicht mehr so streng wie einst, sagt Kamel Brahmi. In der Kampagne gegen die EU-Verfassung im letzten Herbst habe man sich - über alle ursprünglichen politischen Gräben hinweg - im "Nein" vereinigt. "Es waren Kommunisten von der PCF ebenso wie die Trotzisten, Sozialisten und Grüne, Globalisierungskritiker und Gewerkschafter." Dieselbe große Koalition der Linken habe auch das CPE-Gesetz der Regierung verhindert, das nach Meinung von Brahmi die Rechte junger Arbeitnehmer ausgehebelt hätte.

Zeit für Fusionen

Bildunterschrift: Für die nächsten Wahlen im Jahr 2007 schlägt Brahmī daher eine "anti-neoliberale Einheitskandidatur" der Linken vor. "Das bedeutet aber auch, dass die sozialen Bewegung sich den politischen Herausforderungen stellen und bereit sein müssten sich an anti-neoliberalen Einheitslisten zu beteiligen", so Brahmī.

Ein solcher Zusammenschluss linker Bewegungen mit den etablierten Parteien sei durchaus realistisch, sagt Professor Elmar Altvater, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. "Die Spaltung zwischen den außerparlamentarischen linken Bewegungen und den Parlamentsfraktionen von Sozialisten, Kommunisten und Co. ist in ganz Europa aufgehoben", so Altvater. "ATTAC und die Gewerkschaften sind näher an die linken Parteien herangerückt. Man tut sich jetzt zusammen." Das zeige auch der derzeitige Zusammenschluss der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zur Linkspartei in Deutschland.

Politisch statt touristisch

Die Fusion von PDS und WASG erinnere ihn an die Gründung der Rifondazione Comunista vor 15 Jahren, sagt Antonello Zecca. Damals stritten sich Sozialisten und Kommunisten um den richtigen Weg. Ein Ruck weiter nach links im Jahr 2001 habe für seine Partei schließlich die Wende gebracht, so Zecca. Diese Erfahrungen wolle er an die Mitglieder von WASG und PDS weitergeben. Die Globalisierung sei das wichtigste Thema. Klare, einfache, anti-liberale Slogans hätten den Kommunisten schließlich sechs Prozentpunkte bei den Wahlen am 10. April eingebracht.

Bildunterschrift: Einen Ruck der Linken nach links könne er in Europa insgesamt nicht beobachten, sagt Altvater. "Eher schon ein Zusammenrücken der Linken auch über nationale Grenzen hinweg." Die Zahl der Kontakte zwischen den Parteien und Bewegungen in den verschiedenen Ländern sei heute um ein vielfaches höher als noch vor zehn Jahren. "Das ist gar kein Vergleich zur Situation damals", so Altvater. Ursache sei auch die zunehmende Sprachkompetenz junger europäischer Studenten. "Die liegen heute in Italien nicht mehr einfach als Touristen am Strand herum - die besuchen auch politische Veranstaltungen."

Streik für alle

Die polit-touristische Tour durch Deutschland habe ihr Spaß gemacht, sagt Suzie Wylie. "Die Linke befindet sich in ganz Europa zurzeit in einer Umbruchsphase. Es ist wichtig, dass man sich zusammen setzt und seine Strategien austauscht." Dann kommt Wylies Stimme wieder voll in Fahrt. Sie redet von den Plänen der Respect-Partei; man wolle die Rentenreform von Premierminister Blair mit weiteren Streiks stoppen: "Genauso wie die Franzosen das vorgemacht haben."

"Die neue Linke in Europa": Speaker`s Tour mit Studierenden macht Station in Gießen – Aufbruchstimmung

GIESSEN (fod). Parteien und Gruppierungen aus dem linken Politikspektrum sind zurzeit in Europa auf dem Vormarsch. Das zeigte sich zuletzt deutlich an der Wahlniederlage Silvio Berlusconis in Italien. Aber auch während der tagelangen und letztlich erfolgreichen Proteste gegen ein neues Anstellungsgesetz in Frankreich mischten linke Gruppen an vorderster Front mit. Wie es der Zufall wollte, befanden sich auch unter den Rednern der Speaker`s Tour "Die neue Linke in Europa", die zurzeit an Universitäten in ganz Deutschland unterwegs ist und am Montagnachmittag Station in Gießen machte, ein französischer und italienischer Student, die von den Ereignissen in ihren Heimatländern aus erster Hand berichten konnten. Komplettiert wurde das Redner-Quartett der gemeinsam von der Gießener Studierendenfraktion der Demokratischen Linken (DL) und der Gruppierung Brennpunkt Uni an der JLU Gießen organisierten Veranstaltung von Suzie Wylie aus Großbritannien und Björn Wortmann (DL). Vor etwa 40 Personen im Margarethe-Bieber-Hörsaal in der Ludwigstraße berichtete zu Beginn Kamel Brahmi, Mitglied der französischen Links-Partei PCF, über den Ablauf der massiven Demonstrationen gegen die Einführung eines "Einsteiger-Lohns", der Berufsanfängern in Frankreich daneben noch die Streichung des Kündigungsschutzes innerhalb der ersten zwei Jahre gebracht hätte. "Es war einmalig zu sehen, wie Studierende und Gewerkschaftler Seite an Seite dagegen protestierten", war Brahmi noch immer beeindruckt von den jüngsten Ereignissen. Als einen großen Erfolg verbuchte auch Antonello Zecca, in Italien Mitglied der linken Rifondazione Comunista, den Sturz Berlusconis. Obgleich der zur Überraschung aller Zuhörer in perfektem französisch sprechende Student feststellen musste, dass sich angesichts des knappen Wahlsiegs zumindest eines nicht geändert habe: "Das Land bleibt nach wie vor gespalten, deshalb hat Berlusconi nicht wirklich verloren." Von einem zunehmenden Auseinanderklaffen der Schere zwischen Reich und Arm musste auch Suzie Wylie aus Großbritannien berichten. Die Schuld daran gab sie vor allem der regierenden Labour-Partei unter Tony Blair. Mit Blick auf die erfolgreichen Protestaktionen in Frankreich musste Björn Wortmann (DL) schließlich neidvoll einräumen, dass so etwas hier nicht möglich gewesen wäre. "In Deutschland fehlt es an Solidarität."

Jung, wild und entschlossen / Neues Deutschland vom 20. April 2006

Speaker's Tour durch Deutschland fokussiert europäische Linke

Jung, wild und entschlossen ist die neue Linke in Europa. Sie ist zwar nicht an der Macht, doch durchaus mächtig. Das ist die Botschaft, die Studierende aus der Diskussion in Kiel mit Linken aus Frankreich, Großbritannien und Italien mitnahmen, die als »Speaker's Tour« derzeit durch die Bundesrepublik ziehen.

Die Tournee wurde von der Linkspartei und der WASG auf die Beine gestellt, mit Referenten von der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), von Respect aus Großbritannien und von Rifondazione Comunista aus Italien. Mit Spannung lauschte man Kamel Brahmī, der erzählte, warum in Frankreich der Protest gegen das geplante Einstellungsgesetz für Berufsanfänger so erfolgreich verlief. »Nicht, weil in Paris oder Lyon oder Marseille so viele Menschen auf der Straße waren, sondern weil gerade in der Provinz ein flächendeckender Protestaufschrei wahrzunehmen war«, so der PCF-Vertreter.

Suzie Wylie von Respect berichtet, dass es ihre junge Partei erst seit etwas über zwei Jahren gibt und sie mit den Massenprotesten gegen Blairs Beteiligung an Bushs Irak-Feldzug auf die Beine gekommen ist. Gerade sei man dabei, so Wylie, die traditionelle Allianz von Trade Unions und Labour-Partei aufzubrechen, denn viele Gewerkschaftler seien inzwischen total verärgert über die neoliberale Politik von Blair und Co. An über 30 Hochschulstandorten ist Respect inzwischen verankert. Bei den Kommunalwahlen übernächste Woche hofft man, ein paar Mandate zu gewinnen.

Auch Rifondazione ist eine noch recht junge Partei, 1991 als Wiedergründung der Kommunistischen Partei Italiens entstanden. Inzwischen zähle sie 70 000 Mitglieder, die Hälfte davon sind junge Parteigänger, berichtete Antonello Zecca. Gerade hat man einige Mandate für das Abgeordnetenhaus errungen, aber wichtiger sei, bei den sozialen Bewegungen als ernst zu nehmender Partner akzeptiert zu werden. »Wir arbeiten auf Augenhöhe mit den außerparlamentarischen Kräften an politischen Projekten. Die sozialen Bewegungen sind das Herz der gesellschaftlichen Veränderungen, unsere Partei ist nur ein Werkzeug dieser Bewegungen, um die Veränderungen voranzubringen«, erläuterte Zecca.

Gespannt schaute man auf Deutschland, wie sich der Parteibildungsprozess von Linkspartei und WASG entwickelt, sagten die Gäste. Mit Kampagnen, die einen Schulterchluss zwischen Studierenden und Schülern sowie der arbeitenden Bevölkerung und den Gewerkschaften ermöglichen, könnten vielleicht ähnliche Massen mobilisiert werden wie zuletzt in Frankreich. Gösta Beutin, Landessprecher der WASG in Schleswig-Holstein, betonte auf der Veranstaltung in Kiel, dass man viel von den drei Parteien lernen könne. Sicher sei, dass es Erfolge nur zusammen mit sozialen Bewegungen und Verbänden gebe, nicht ohne diese.

6. Fotos

Suzie Wylie (links) von Respect aus Großbritannien, Antonello Zecca (mit gehobener Faust) von der Refundazione Comunista aus Italien und Kamel Brami von der PCF aus Frankreich reisten quer durch Deutschland um von der neuen Linken aus ihren Ländern zu berichten und von gemeinsamen Erfolgen zu lernen.



Elisabeth Gauthier (links), Vorstand der PCF, und Inge Höger-Neuling (rechts), Fraktions-Vize DIE LINKE., auf der Veranstaltung in der Humboldt-Universität Berlin. Der Bundestagsabgeordnete Werner Dreibus (rechts) trat in Frankfurt am Main auf.



Ein begeistertes, diskussionsfreudiges Publikum in Berlin: deutlich über hundert Interessierte an der HU Berlin (links) und vielen Neugierige an der FU Berlin (rechts).



Nicht nur in Berlin, auch in vielen anderen Städten war die Neugier auf und die Begeisterung über die neue Linke groß, in Frankfurt am Main (links) ebenso wie in Chemnitz und Marburg (rechts).



Aber auch die touristischen Sehenswürdigkeiten wussten unsere Gäste zu überzeugen: der Kölner Dom (links), vor allem aber die Karl-Marx-Büste im heutigen Chemnitz (rechts).



Für Nachfragen und Anregungen stehen jederzeit gerne zu Verfügung

Ruben Lehnert	0176 29 64 92 75
Kolja Möller	0177 89 38 28 2
Win Windisch	0177 42 59 73 0
Luigi Wolf	0179 12 37 30 6